

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Kirschinghaus, Berlin.  
Fernsprecher: Ami Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Expedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Seiten vor dem Quartalsabschluss, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 25. Juli 1932.

Macht vor Recht.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Der Staatsgerichtshof hat am Montag den Antrag der von der Papen-Regierung für abgesetzt erklärten Preussensregierung auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückgewiesen.

Es soll Optimisten gegeben haben, die vom Staatsgerichtshof einen anderen Spruch erwartet haben, die geglaubt haben, dass der Staatsgerichtshof im Wege der einstweiligen Verfügung wenigstens gewisse Dinge regeln werde, die so, wie sie heute sind, die Unhaltbarkeit des durch die Einsetzung des Reichskommissars geschaffenen Zustandes ganz krass hervortreten lassen, so u.a. die Frage der Vertretung Preussens im Reichsrat. Diese Optimisten haben durch den Spruch des Staatsgerichtshofs eine Enttäuschung erfahren. Wir glauben nicht dass die sozialdemokratischen Arbeiter zu diesen Optimisten gehört haben. Sie wissen seit Lassalle, dass, wenn die Reaktion die tatsächliche Verfassung zu Ungunsten der Arbeiterschaft verändert, die Arbeiterschaft selber dazu tun muss um die tatsächliche Verfassung Deutschlands wieder auf den Boden der Freiheit und der Demokratie zurecht zu rücken. Die sozialdemokratischen Arbeiter wissen dass sie selbst in ihrer Masse den Staatsgerichtshof bilden müssen, der die Entscheidung gegen die Reaktion trifft und dass es ihre Aufgabe ist, diese Masse so klar, so bewusst und so wuchtig wie möglich in die Erscheinung treten zu lassen. Das ist die Aufgabe des 31. Juli!

Die Umgestaltung der tatsächlichen Verfassung, der gegenrevolutionäre Wechsel des Systems in Preussen ist erfolgt durch Macht. Die preussische Staatsregierung Braun-Severing hat dagegen die Stimme des Rechtes erhoben. Sie hat vom Staatsgerichtshof Recht gefordert gegen die Macht. Danach hatte der Staatsgerichtshof zwei aufeinanderfolgende Entscheidungen zu treffen. Zunächst eine Entscheidung über eine einstweilige Verfügung, die den Reichskommissar in der Anwendung der Macht hemmen sollte, dann die grundsätzliche Hauptentscheidung darüber, ob das Vorgehen des Reichs in Preussen verfassungsmässig ist. Der Staatsgerichtshof hat die erste Entscheidung gefällt und den Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich abgelehnt. Das bedeutet, dass der Staatsgerichtshof bis zu seiner Hauptentscheidung die durch den Gebrauch der Macht geschehene Regelung der Dinge tatsächlich anerkennt. Er will nicht von sich aus eine andere Regelung der Dinge bewirken, er erklärt, dass er einen anderen Weg, um den von Antragstellern vorgebrachten Beschwerden abzuhelfen, nicht zu sehen vermöge. Der Sinn dieser Entscheidung ist: es hat in Preussen zunächst zu bleiben, wie es das Reich gewollt hat. Im politischen Machtkampf schweigt zunächst die Stimme des Rechtes. Der tatsächliche Zustand, wie er jetzt in Preussen besteht, bleibt. Es ist nun das Lebensmerkmal dieses Zustandes, dass er auf Macht basiert, aber nicht oder noch nicht auf legalisierter Macht. Darum bleiben alle Unklarheiten, alle Gewissenskonflikte der Beteilig-

ten, alle Reibungswiderstände in der Verwaltung, es bleibt die tiefe Unruhe der Bevölkerung.

Wie lange soll dieser Zustand andauern? Der Präsident des Staatsgerichtshofes hat die Öffentlichkeit vor der Illusion gewarnt, dass die Entscheidung zur Hauptsache in wenigen Tagen fallen könne. Allein die Frist, die dem Reich zur Einreichung von Erklärungen gegeben ist, geht bis zum 5. August. Das endgültige Urteil des Staatsgerichtshofes in der Hauptsache wird also erst gegen Mitte August erfolgen. Die wesentlichen politischen Entscheidungen werden als vorher fallen: die Wahlentscheidung vom 31. Juli und die Entscheidung darüber, welche Konsequenzen die gegenwärtigen Machthaber aus dem Ergebnis der Wahl zu ziehen gedenken. Es könnte sein, dass der Spruch des Staatsgerichtshofes, der heute von grösster Bedeutung sein könnte, im Augenblick, wo er gefällt wird nicht mehr viel praktische Bedeutung hat!

Der Verlauf der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof am Sonnabend hat gezeigt, was ist. Die Vertreter Preussens und der beiden klageführenden Landtagsfraktionen haben mit ausgezeichneten verfassungsrechtlichen Gründen gekämpft, sie haben sich auf Gutachten erster Autoritäten des Staatsrechts gestützt. Der Vertreter des Reiches hat diesen Kampf nicht aufgenommen. Er hat gezeigt, dass die gegenwärtigen Machthaber im Reich die Macht in die Wagschale werfen. Er hat keinerlei Beweismaterial für ihr Vorgehen in Preussen ausgebreitet. Er hat nicht zu beweisen versucht, inwiefern die preussische Staatsregierung ihre Pflicht zur Bekämpfung einer staatsfeindlichen Partei vernachlässigt habe, keinerlei Beweise vorgelegt für die Behauptungen und Anschuldigungen, die gegen höchste preussische Funktionäre geschleudert worden sind. An die Stelle der Beweise tritt die Macht, die tatsächlich einen neuen Zustand geschaffen hat. Indem der Staatsgerichtshof unter dem Vorbehalt einer künftigen grundsätzlichen Entscheidung sich dieser Macht beugt, hat er der Idee des Rechtsstaates - die eine bürgerliche Idee ist! - einen schweren Stoss versetzt

Macht hat verschiedene Erscheinungsformen, Machteinsatz kann in verschiedenen Formen erfolgen. Wie der Machteinsatz der gegenwärtigen Machthaber im Reich erfolgt ist, haben wir erlebt. Unser Machteinsatz dagegen ist anderer Natur. Er besteht in der Sammlung der Gegenkräfte gegen die Reaktion, in der Stärkung und Vereinheitlichung ihres Willens. Diesen Machteinsatz unterwerfen wir einer ersten Probe bei der Wahl vom 31. Juli!

-----

SPD. Breslau, 25. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Sonntag-Nachmittag sollte in Hamslau in Schlesien, wo Nazis schon oft sozialdemokratische Versammlungen gestört haben, eine Wahlkundgebung stattfinden, in welcher der Kandidat des Kreises Reichstagspräsident Löbe sprechen sollte. Eine halbe Stunde vor Beginn stürmten 800 uniformierte Nazis, die mit Lastwagen aus der Umgegend zusammengeholt waren, mit dem Rufe "Rache für Ohlau" den Saal, rissen die Dekorationen herunter, warfen Tische um, zertreten die Pfeilabzeichen und schüchterten mit ihren Drohungen die erschienenen Versammlungsbesucher so ein, dass ein Teil das Lokal fluchtartig verliess und die Abhaltung der Versammlung unmöglich gemacht wurde. Dieselbe Prozedur wiederholten die Nazis in dem zweiten Lokal. Die gesprengte Versammlung wurde zwei Stunden später in der Nachbarstadt Bernstadt unter dem Schutz von Reichsbanner aus Oels abgehalten. Ein Ueberfallkommando aus Breslau erklärte erst eingreifen zu können, wenn "Gewalttätigkeiten" geschehen.

Der "Erfolg" der Nazi-Aktion ist der, dass viele, die am Sonntag in Hamslau Löbe hören wollten aber wegen der Hitler-Banditen nicht hören durften, nach dem Gewaktakt der Nazis erklärten, dass sie am Sonntag Liste 1 wählen werden.

-----

SPD. Leipzig, 25. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Montag-Mittag um 1 Uhr verkündete der Präsident des Reichsgerichts in dem Streitfall Preussen gegen das Reich folgenden Beschluss: "Die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung werden zurückgewiesen."

In der Begründung des Spruchs führte Reichsgerichtspräsident Bumke zunächst aus, dass der Staatsgerichtshof sich nach wie vor grundsätzlich für befugt hält einstweilige Verfügungen zu erlassen, dass er für den zu behandelnden Streitfall zulässig und die Aktivlegitimation der Antragsteller gegeben ist. Wörtlich fuhr Bumke dann fort: "Der Staatsgerichtshof hat in seiner bisherigen Rechtssprechung die Auffassung vertreten, dass eine von ihm zu erlassende einstweilige Verfügung die endgültige Entscheidung nicht vorwegnehmen darf, dass sie insbesondere nicht auf der Grundlage entstehen kann, dass der Staatsgerichtshof sich den Rechtsstandpunkt des einen oder des andern der streitenden Teile vorläufig zueigen macht. Dem Wesen und der Bedeutung des Staatsgerichtshofes würde es nicht entsprechen, wenn er sich auf Grund einer vorläufigen Prüfung zu einer Rechtsansicht bekennen wollte, die er nach gründlicher Erwägung bei der Entscheidung zur Hauptsache vielleicht wieder aufgeben müsste. An diesem Standpunkt muss festgehalten werden. In diesem Rahmen ist es zulässig, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, wenn dies zur Regelung eines einstweiligen Zustandes, zur Abwendung wesentlicher Nachteile nötig erscheint. Das Ziel einer solchen vorübergehenden Regelung ist ein möglichst vereinfachtes, die Belange beider Teile schonendes Verhältnis ihrer wechselseitigen Beziehungen bis zur Endentscheidung herbeizuführen. Angesichts dieses Zwecks einer einstweiligen Verfügung erscheint es dem Staatsgerichtshof nicht angängig, die von dem Lande Preussen begehrte Verfügung entsprechend dem in der mündlichen Verhandlung neu formulierten Antrage zu erlassen."

Anschliessend verliest Bumke den Antrag der Preussischen Regierung und fährt fort: "Die mündliche Verhandlung hat keinen Zweifel darüber gelassen, dass mit diesen Anträgen nicht nur angestrebt wird, die Frage zu regeln, wie sich der Reichskommissar und die von ihm eingesetzten Kommissare des Reiches, und wie sich die ihrer Amtsbefugnisse entkleideten Minister zu benennen und zu bezeichnen haben. Mit diesem Antrag soll angestrebt werden eine Teilung der Regierungsgewalt in Preussen zwischen dem Reichskommissar und den von ihm eingesetzten Kommissaren und den jetzt klagenden Staatsministern. Prüft man nun die Frage, ob die begehrte Regelung geeignet ist, die von den Antragstellern dargelegten Reibungen und Schwierigkeiten zu verringern, so führt die Prüfung des Staatsgerichtshofs zu dem Ergebnis, dass dieser Erfolg nicht zu erwarten ist. Gerade eine solche Scheidung der Staatsgewalt in Preussen würde nach der Auffassung des Staatsgerichtshofs in besonderem Masse geeignet sein, eine Verwirrung im Staatsleben herbeizuführen."

Der Staatsgerichtshof hat sich dann aber, wie auch in früheren Fällen, auch die Frage vorgelegt, ob er seinerseits den Weg gehen könne, um den von den Antragstellern vorgebrachten Beschwerden abzuhelpen, ohne der Entscheidung in der Hauptsache vorzugreifen und ohne die Nachteile heraufzubeschwören, die nach der Auffassung des Staatsgerichtshofes und nach der Erklärung des Vertreters der Reichsregierung die Folge der Anträge der Antragsteller sein wird. Der Staatsgerichtshof vermag einen solchen Weg nicht zu sehen.

Der Staatsgerichtshof sah sich dann gegenüber den Anträgen der Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratischen Partei im preussischen Landtag. Diese Fraktionen haben sich den von der preussischen Staatsregierung gestellten Antrag zu eigen gemacht, der dahin geht, im Wege der einstweiligen Verfügung anzuordnen, dass sich der durch Verordnung des Reichspräsidenten über das Land Preussen eingesetzte Reichskommissar einstweilen jeder Dienstausbübung zu enthalten hat. Hier ergibt sich nun die recht schwierige Frage, die auch in der mündlichen Verhandlung erörtert worden ist, ob diese beiden Fraktionen aktiv legitimiert sind, ob sie befugt sind, im vorliegenden Verfahren als An-

tragsteller aufzutreten. Der Staatsgerichtshof hat zu dieser Frage keine Stellung genommen. Er will die Entscheidung hierüber der Entscheidung zur Hauptsache vorbehalten. Er konnte diesen Standpunkt einnehmen, weil sich schon aus dem, was zu dem Antrag des Preussischen Staatsministeriums gesagt worden ist, zwingend ergab, dass auch dem Antrag der Fraktionen nicht entsprochen werden kann."

---

SPD. Köln, 25. Juli (Eig. Drahtb.)

Einer der eifrigsten und treuesten Vorkämpfer in dem weltentlegenen Broeltal im Rheinland, einer nationalsozialistischen Hochburg, Otto Schumacher wurde auf der Fahrt mit dem Motorrad zu einer Versammlung in Ruppichterot vom Tode ereilt. Beim Versuch, Reichsbannerkameraden zu überholen, wurde sein Motorrad von einem entgegenkommenden Auto erfasst. Schumacher wurde der Schädel zerschmettert. Auf der Fahrt ins Krankenhaus Waldbroel starb er.

Die Versammlung in Ruppichterot versuchten die aus dem ganzen Kreis Waldbroel zusammengezogenen Nazis zu stören. Es kam zu scharfen Zusammenstößen, bis die Nazis von Reichsbannerleuten aus dem Saal herausgedrängt wurden. Die Nazis warfen dann schwere Pflastersteine in den Saal und verletzten mehrere Versammlungsbesucher erheblich. Schliesslich gelang es dem Landjäger und einem aus Köln herbeigerufenen Ueberfallkommando, die Ordnung wieder herzustellen, sodass die Versammlung nach einstündiger Unterbrechung mit dem Abgeordneten Sollmann als Redner zu Ende geführt werden konnte.

In Wülisch kam es zu einem Streit zwischen Nazis und Kommunisten, wobei ein Nazi durch einen Schuss am Kopfe schwer verletzt wurde, sodass er bald darauf starb. Der Tat dringend verdächtig sind Kommunisten. - In Trier wurden in der Nacht zum Sonntag zwei Polizeibeamte bei einer Streife von vier Männern, die sich hinter Bäumen versteckt hielten, mit kommunistischen Zurufen empfangen. Bei der folgenden Auseinandersetzung streckte ein Polizeibeamter, der mit einer Pistole bedroht wurde, den Angreifer, den Sohn eines ehemaligen Trierer kommunistischen Stadtverordneten durch einen Kopfschuss nieder.

---

SPD. München, 25. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Bayerische Volkspartei kündigt den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Artikel 48 der Reichsverfassung an. Sie werde dafür sorgen, dass der neue Reichstag diese Aufgabe so vorfinde, dass er sich ihrer nicht entziehen könne.

---

SPD. Halle/Saale, 25. Juli (Eig. Dr.)

In einer öffentlichen Wahlversammlung erklärte der Hallesche Nazigauleiter der preussische Landtagsabgeordnete Jordan, die kommende Wahl sei an sich für die NSDAP völlig belanglos und habe nur rein propagandaistische Bedeutung, da der Sieg der Partei schon 100prozentig sicher sei. Nach dem 31. Juli gäbe es keinen parlamentarischen Wahlkampf mehr in Deutschland. Diese Drohung mit dem Putsch konnte ungehindert ausgestossen werden.

Ein kommunistischer Stadtverordneter, der in einer Hallenser Erwerbslosenversammlung erklärte, Schicksalstag des Deutschen Volkes sei nicht der 31. Juli sondern der Tag, an dem die Arbeiter auf den Barrikaden stünden, wurde verhaftet und bereits am Montag vom Schnellgericht wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Die "neue Ordnung"!

---

SPD. Paris, 25. Juli (Eig. Drahtb.)

Der französische Ministerrat hat am Montag die Haltung der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz einstimmig gebilligt.

Herriot erklärte vor Vertretern der Presse u. a., er habe in seinem Bericht vor dem Ministerrat besonders die Bedeutung der Präambel zu der in Genf angenommenen Entschliessung betont. Dieses Dokument erhalte vor allem zwei Ideen: Verringerung der Angriffsmittel, was der wesentlichste Punkt des Hoover-Moratoriums sei, und entsprechende Erhöhung der Verteidigungsmittel. Der amerikanische Vorschlag sei schlecht interpretiert worden. Nach seiner Ansicht müsse man anerkennen, dass er wirklich das Ziel verfolge, die Angriffsmittel im Verhältnis zu den Verteidigungsmitteln zu verringern. Diese Idee habe die französische Delegation zu ihrer eigenen gemacht. Was die Herabsetzung der Truppenbestände anbetreffe, so werde Frankreich verlangen, dass bei den Berechnungen nicht nur die offiziellen Streitkräfte, sondern auch geheime Kampfformationen berücksichtigt würden.

-----

SPD. Ueber Berlin, der Stadt der vier Millionen, liegt der Druck des militärischen Ausnahmezustandes. Was in den vorangegangenen Tagen in Glut und Begeisterung Abend für Abend demonstrierte und jubelte, für die Freiheit, gegen Hakenkreuz und Papenkreuz, das ist in die Säle gedrückt. Was in den Herzen dieser vier Millionen lebt und pocht, hat sich in einen stillen Kampf der Fahnen und Symbole verwandelt, deren Sprache jedoch nicht weniger deutlich ist.

Am Morgen im Westen und in den westlichen Vororten: dort, wo das reiche und vornehme Berlin wohnt, wo sich kilometerlang die Prachtstrassen und eleganten Villen hinziehen, wo die Paläste der Kinos stehen, die Luxusbetriebe, die Bars, die Gärten, die teuren Speiselokale und die Luxusläden. Dort herrscht das Hakenkreuz, das Symbol der "Arbeiterpartei" Hitlers. Seine Wimpel flattern am Balkon der "Arbeiter"-Villen und der "Arbeiter" mit ihren 9 - 18-Zimmerwohnungen. Sie flattern auf den Seen am Mast der kostbaren Segelboote und der Yachten, gefertigt aus echtem Zedernholz; sie flattern am Kühler der kostbaren ausländischen Automobile. Diese "Arbeiter" rekrutieren die vornehme Welt, die Herrn Hitler ebenso bewundert und verehrt, wie ihre mit zehntausenden von Mark bezahlten Yachten und ausländischen Automobile. Sie halten gegen 11 Uhr früh an den Eingängen zu den Badeanstalten und Tennisplätzen. Am Nachmittag lassen sie sich auf den Dachgärten den Tee servieren, lassen sie die Jazzkapelle zum Tango aufspielen. Arme "Arbeiter"! Hakenkreuze glänzen auch am schwarzen Rock der Reiter des Tiergartens, Hakenkreuzjünglinge in den Reitbahnen der Tattersäle; es sind oft dieselben Jünglinge, die am Abend in der feingeschnittenen mit Litzen und Abzeichen besäten und an den Körper geschmiegt SA-Uniform, in Lackstiefeln und im Auto, ihrem Dienst obliegen, für die "Arbeiterpartei" Adolf Hitlers, für das Kapital, für die reichen und vornehmen Herren, deren Arbeitssklaven in den Fabriken und Kontoren wöchentlich ein paar Mark verdienen. Dem Kapital, den Herren und den Reichen, ihnen ist die "Arbeiterpartei" Hitlers und sein Hakenkreuz Symbol und Lust, die Freude und das Bewusstsein, dass alle Tage Sonntag ist, dass es so bleiben wird und sie wie bisher "arbeiten" dürfen, solange es auch dem Rattenfänger des Braunen Hauses gelingt, recht viele Dumme zu fangen und vor seinen Karren zu spannen.

Wie anders ist das Bild im Osten, Süden und Norden von Berlin und in deren Vororten. Dort wo die Millionenmassen der Mühseligen und Beladenen eng zusammengepörrcht sind, dort wo die Stempelstellen liegen und wo die Armen und Kleinen wohnen. Im Wedding, in Neukölln, in Reinickendorf oder Tegel, den Menschenlieferanten für die Riesenfabriken, in den Gegenden der Mietskasernen und der Kellerläden, da weht kein teures Fahmentuch mit Papenkreuz. Aber ein Meer aus roten Guirlanden, Transparenten, kleinen Flaggen und Wimpeln mit den drei

Pfeilen. Hier schlägt das rote Herz des roten Berlin. Da glänzt kein silberbeschlagener Rolls Royce, wie bei den "Arbeitern" der Hitler-Partei aus dem Westen Berlins, aber die Augen glänzen voll Mut und Kampfesfreude. Kein Motorrad mit Hakenkreuzwimpel, dafür hunderte und aberhunderte von Fahrrädern mit der Flagge der Eisernen Front. An Wäldern und Seen im Osten Hunderte von Zeltlagern. Schrebergärten ziehen endlos über die Äcker. Von den Dächern der Gartenhäuser, von der Spitze der Zelte, weht stolz das Symbol der Freiheit. Auf dem Wasser fahren kleine Kanus. An ihrem Kiel eine kleine Fahne: das Zeichen der Freiheit!

Es ist Fieber in Berlin, es ist Flaggenkrieg. Die Symbole kämpfen und streiten gegeneinander. Die neue Zeit gegen die alte. Die Freiheit gegen die Knechtschaft, der Osten Berlins gegen den Westen, die Armen gegen die Reichen, das Proletariat gegen das Kapital. Die "Arbeiter" der Hitler-Partei mit ihren Villen, 9 - 18 Zimmerwohnungen, Luxus-Yachten und ausländischen Luxusautomobilen gegen die wirklichen Arbeiter, die mit der schwierigen Faust und im blauen Rock, die nichts ihr eigen nennen als ihre Arbeitskraft. Und da sollst Du nicht wissen wo Du hingehörst?

Am 31. Juli nur Liste 1.

SPD. Paris, 25. Juli (Eig. Drahtb.)

Vor dem Pariser Schwurgericht begann am Montag-Nachmittag der Prozess gegen den Präsidentenmörder Gorgulow. Den Vorsitz führt der Präsident des Appellgerichtes Dreyfus, die Anklage vertritt Generalstaatsanwalt Guigue. Alle zu dem Sitzungssaal führenden Gänge sind von republikanischer Garde bewacht, die jede von aussen kommende Störung der Verhandlungen verhindern sollen.

Nach dem Personalverhör Gorgulows, der von den Verteidigern des Mörders von Jaurès, Rechtsanwalt Géraud und Rechtsanwalt Roger, verteidigt wird, verlas der Gerichtsschreiber die 12 Seiten lange Anklageschrift. Der Angeklagte hörte aufmerksam zu und wechselte ab und zu einige Worte mit seinem Hauptverteidiger. Ein darauf gestellter Antrag der Verteidigung, zwei Ärzten, die nach dem Untersuchungsbefund der Gerichtsärzte ein anders lautendes Gutachten ausgearbeitet haben als diese, die Möglichkeit zu geben Gorgulow während der Pausen und am Abend zu untersuchen, wurde vom Gericht als unzulässig abgelehnt, da beide Ärzte als Zeugen geladen sind.

Beim Verhör Gorgulows fragte der Präsident, ob er, als er noch in Russland lebte, mit kommunistischen Kreisen in Verbindung gestanden habe. Gorgulow verneinte und erklärte, er sei ihr Feind gewesen, nur mit Kerenski habe er sympathisiert. Auf den Einwurf des Präsidenten, dass der Zeuge Lazarow das Gegenteil behauptet habe, sagte Gorgulow aus, der Zeuge sei ein Lügner und Spitzel, der ihn entehren wolle. Schliesslich gab Gorgulow zu als Krankenhelfer für die Sowjets gearbeitet zu haben, aber ohne Kommunist zu sein. Als sich ihm die erste Gelegenheit bot, habe er die Flucht ergriffen und sei über Warschau nach Prag gefahren, wo er seine medizinischen Studien beendet habe. Gorgulow sprach sich dann über die Ursachen der Scheidung seiner drei Ehen in der Tschechoslowakei aus und leugnete energisch, dass er als Arzt unerlaubte Eingriffe bei Frauen vorgenommen habe und er Mitglied eines kommunistischen Parteiverbandes gewesen sei. Diese Behauptungen seien nur Racheakte der Kommunisten gewesen. Es folgte das Verhör über seinen Aufenthalt in Frankreich. Er habe niemals, so sagte Gorgulow, regelmässig gearbeitet, mit Ausnahme einiger Konsultationen. Er habe sich hier zum viertelmal mit der Schweizerin Fräulein Geng verheiratet, und nachdem deren Mitgift aufgezehrt war, sei er mit seiner Frau nach Monaco gefahren, wo er noch Geld im Spielsaal verloren habe. Gorgulow schilderte dann die Einzelheiten seiner Abreise in Monaco, seine Ankunft in Paris und die Vorgänge bei der Ermordung Doumers, die aus den seinerzeit übermittelten Meldungen bekannt sind. Es sei eine Tragödie, so

fügte er hinzu, dass seine Idee stärker gewesen sei als sein Wille. Er habe im übrigen sofort Selbstmord begehen wollen, gleichviel ob das Attentat gelinge oder nicht. Das Attentat sei eine Fatalität gewesen. Der Präsident hätte ebenso auch nicht an ihm vorübergehen können. Als ihm darauf der Vorsitzende die Vorbereitungen zu der Tat vorhielt, die auf vorsätzlichen Mord schliessen liessen, erwiderte der Angeklagte, jemand in seiner Seele habe seinen Willen gelenkt. Er habe nichts gegen die Person Doumers gehabt, sondern er habe nur den Präsidenten töten wollen, denn der Präsident leite die Politik Frankreichs und Frankreich habe sein Vaterland geopfert, indem es gegen Russland im Völkerbund arbeite. Die französische Regierung habe ihn daran gehindert, an der Errichtung einer russischen Republik, ähnlich der französischen zu arbeiten. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er allein gehandelt habe oder ob ihn jemand beeinflusst habe, erwiderte Gorgulow: "Der Teufel hat mir die Tat eingegeben".

Schliesslich gab Gorgulow zum Publikum gewandt folgende Erklärung ab: "Frankreich, höre mich an. Ich bin Paul Gorgulow, Vertreter von 100 Millionen Russen. Ich bin zugleich ein Feind der Monarchie und des Kommunismus, die ich beide bekämpft habe. Die russische Monarchie hat mein Land zugunsten Deutschlands verraten. Dieser Verrat hat tausenden russischer Soldaten das Leben gekostet. Der Zar liebte sein Volk nicht. Ich habe in der weissen Armee gedient und festgestellt, dass die Weissrussen nur die Monarchie zu verschärfen suchten, ohne dem russischen Volk die Freiheit und die anderen Wohltaten, auf die es ein Anrecht hat, zu sichern. Russland hat kein Interesse für die weisse Armee gehabt und daher hat die rote Armee mein Land einnehmen können. Ich habe in der Tschechoslowakei und in Frankreich versucht, eine russische Bauernpartei zu gründen, aber ich habe keine Erfolge gehabt. Ich erkläre mich als schuldig. Geben Sie mir den Tod, aber retten Sie meine Idee. Die Katastrophe naht und sie wird eine Weltkatastrophe werden."

Im Anschluss begann das Zeugenverhör. Der Schriftsteller Farrère, der damals durch zwei Schüsse verwundet wurde, ein Journalist und der Polizeidirektor Guichard schilderten den Hergang der Tat ohne etwas neues zu berichten. Nach der Aussage des Gerichtsarztes, der die Leiche Doumers obduziert und festgestellt hat, dass die Schüsse aus unmittelbarer Nähe abgegeben worden sind, wurde die Verhandlung auf Dienstag-Nachmittag vertagt.

-----

SPD. Die Preussischen Staatsminister erklären zu der Entscheidung des Staatsgerichtshofes:

"Die verschiedentlich verbreitete unrichtige Meldung, dass Preussens Klage vom Staatsgerichtshof abgewiesen worden sei, bedeutet eine unverantwortliche Irreführung der öffentlichen Meinung. Der Staatsgerichtshof hat zu der Rechtsfrage überhaupt noch keine Stellung genommen. Er hat nur einstweilige Anordnungen abgelehnt.

Auch in der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof hat die Reichsregierung keinen einzigen Fall einer Pflichtverletzung der preussischen Staatsminister auch nur behauptet, geschweige denn bewiesen. Die Reichsregierung hat sich geweigert, irgendwelches Material für die Gründe ihres einzig dastehenden Vorgehens zu geben. Sie hat sich hinter der formalen Bestimmung des Gesetzes verschanzt, wonach ohne ihre Zustimmung erst nach Ablauf von 2 Wochen zur Sache verhandelt werden kann.

Aus diesem Grunde war der Staatsgerichtshof, wie die preussischen Minister anerkennen, nicht in der Lage, sofort zur Rechtsfrage irgendwie Stellung zu nehmen. Wenn der Staatsgerichtshof auch einstweilige Anordnungen abgelehnt hat, so geschah dies ebenfalls nicht aus dem Grunde, weil die Preussische Staatsregierung nicht im Rechte wäre - denn sie ist im Rechte -, sondern weil

der Staatsgerichtshof ihr vor Ablauf von 2 Wochen das Recht nicht zusprechen darf.

Die Verhandlung hat aber schon jetzt Folgendes ergeben:

1) Der Reichskanzler und die Reichskommissare nehmen nicht mehr das Recht für sich in Anspruch, sich als preussischer Ministerpräsident und preussische Staatsminister zu bezeichnen, wie sie es am Anfang wiederholt getan haben. Sie geben also ihr Unrecht in dieser Beziehung zu.

2) Dass die Einladung an die preussischen Minister Hirtsiefer, Schreiber, Schmidt, Steiger, Grimme und Klepper vom Reichskanzler zu einer preussischen Staatsministerialsitzung unter der Bezeichnung als "preussischer Ministerpräsident" erging, wird von der Reichsregierung jetzt als "Bürolapsus" bezeichnet.

3) Die bloße Tatsache, dass die preussischen Minister dieser unrichtigen Einladung nicht gefolgt sind, war der einzige ihnen für ihre Amtsenthebung angegebene Grund.

Alle diese Umstände bekräftigen den Standpunkt des Staatsministeriums, dass die Absetzung der preussischen Minister unzulässig, ungültig und ohne rechtliche Bedeutung ist. Alle hervorragenden Autoritäten auf dem Gebiete des Staats- und Verfassungsrechts, die sich bisher geäußert haben, darunter die Universitätsprofessoren Anschütz, Giese, Heller, Peters, Rothenbücher und Waldecker, haben gleichfalls ausgesprochen, dass hier eine Verfassungsverletzung vorliegt.

Durch die Ereignisse sind die preussischen Beamten in schwere Gewissenskämpfe versetzt worden. Die Staatsminister haben sich in ihrem eigenen Verhalten und in ihren Anträgen vor dem Staatsgerichtshof in besonderer Masse leiten lassen von dem Wunsch, die Beamten so schnell wie möglich aus diesen Gewissenskämpfen zu befreien. Da nach der Auffassung des Staatsgerichtshofs der Schwebestand andauern muss, bitten die preussischen Staatsminister alle Beamten, auszuhalten in treuer Pflichterfüllung zum Wohle des Preussischen Staates.

Den Beamten, die zur Zeit an der Ausübung ihrer Dienstgeschäfte verhindert sind, sprechen die preussischen Staatsminister für ihre Pflichterfüllung und ihre lediglich vom Gedanken an das Wohl des Staates bestimmte Haltung ihren besonderen Dank aus. Sie betrachten es als ihre Pflicht, jegliches Unrecht nach Kräften von ihnen abzuwenden.

-----  
SPD. London, 25. Juli (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Geschäftsträger in London, Graf Bernstorff, teilte am Montag der englischen Regierung offiziell mit, dass Deutschland dem in Ne zunächst zwischen England und Frankreich abgeschlossenen Vertrauenspakt beitrete.

Griechenland hat ebenfalls seinen Beitritt erklärt.

-----  
SPD. Halle/Saale, 25. Juli (Eig. Dr.)

Die Beteuerung des Herrn v. Papen, dass sein Kabinett von parteipolitischen Bindungen frei sei, werden jetzt immer deutlicher auch von der offiziellen Nazipresse ins rechte Licht gerückt. Das Hallesche Naziorgan "Der Kampf" schreibt zu dem "Umsturz in Preussen", dass es lediglich dem immerwährenden Druck der Nationalsozialisten zu danken sei, dass nun endlich die marxistischen Vertreter aus den preussischen Regierungsstellen verschwunden seien. Die Entfernung des der Staatspartei angehörenden Magdeburger Oberpräsidenten Dr. Falk sei wegen des Verbotes des "Kampf" gefordert und auch durchgeführt worden.

-----

SPD. Der Ueberwachungsausschuss des Reichstages hat am Montag alle Anträge auf Aufhebung der gegen das Land Preussen gerichteten Notverordnungen der Notverordnung wegen der SA und der Uniformen sowie wegen der Eingriffe in die Polizeihohheit der Länder angenommen. Die Vertreter des Zentrums erklärten dass ihre Abstimmung nur ein Ersuchen an die Reichsregierung darstelle. Sozialdemokraten und die übrigen Parteien sehen in den Beschlüssen darüber hinausgehend eine Rechtsverpflichtung im Sinne des Artikels 48 der Reichsverfassung. Diese Meinungsverschiedenheit ändert nichts daran, dass die bisherigen politischen Massnahmen der Reichsregierung im Ueberwachungsausschuss die schärfste Verurteilung gefunden haben.

Mit der Annahme der Anträge hat die Opposition gegen das Kabinett - Papen einen grossen moralischen Erfolg erzielt. Zunächst wurde die Reichsregierung zu dem Erscheinen vor dem Ausschuss gezwungen. Dort pünktlich erschienen, vertrat sie die Anschauung, dass der Ausschuss für Entscheidungen nicht zuständig sei. Der Ausschuss beschloss das Gegenteil. Und wenn die Regierung geglaubt haben sollte, dass Schweigen von Stärke zeuge, so hat sie sich wohl selbst in den Verhandlungen widerstrebend davon überzeugen müssen, dass ihre zahlreichen Misserfolge eindeutig dagegen sprechen. Jedenfalls haben die Angriffe des Abgeordneten Dr. Breitscheid und die der Abgeordneten Wegmann (Zentrum) und Dr. Pfleger (Bayer. Volksp.) schliesslich den Herrn Reichswehrminister v. Schleicher zu einer Rede veranlaast, die nicht gerade davon überzeugte, dass die Reichsregierung auf ihre bisherigen Taten stolz ist. Man kann jedenfalls wohl das eine als unbestreitbar feststellen: nie ist eine Regierung im Reichstag so scharfen Angriffen ausgesetzt gewesen und nie hat eine Regierung sich weniger und schlechter zu verteidigen gewusst als die jetzige.

Auch die Anträge auf Aufhebung der wirtschaftlichen Notverordnung vom 14. Juli wurden angenommen. Allerdings enthielt sich das Zentrum der Stimme. Es wurde ein Zentrumsantrag beschlossen, der die Regierung um Beseitigung der Härten ersucht. Dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses wurde schliesslich noch das Recht zugesprochen, den Ausschuss wieder zu berufen, soweit er seinen Zusammentritt für erforderlich erachtet.

SPD. Braunschweig, 25. Juli (Eig. Drahtb.)

Das Reichsgericht in Leipzig hat das auf drei Wochen bemessene Verbot des "Volksfreund" in Braunschweig so abgekürzt, dass der "Volksfreund" am nächsten Mittwoch wieder erscheinen kann. Der Urteilsspruch stellt also eine Revision der Verbotsverfügung des Innenministers Klages dar.

SPD. London, 25. Juli (Eig. Drahtb.)

Die neuen irischen Zollsätze, die vor allem darauf abgestellt sind, den englischen Handel zu treffen, belasten die Kohleneinfuhr mit fünf Schilling pro Tonne, was einer etwa 30 bis 50prozentigen Belastung entspricht. Zement, Eisen- und Stahlwaren, Elektroartikel werden mit einem Zoll in Höhe von 20 Prozent des Wertes belastet. Schweinefleisch, ein Ausfuhrartikel Irlands, wird mit einem Zoll von 84 Schilling pro Zentner bedacht. Diese Zölle gelten zunächst allen Ländern gegenüber, wenn sie auch besonders den englischen Handel treffen.

SPD. Am Montag trat der Ueberwachungsausschuss des Reichstages in Gegenwart des Herrn v. Papen, des Reichsinnenministers v. Gayl und des Reichswehrministers v. Schleicher zusammen. Die Nationalsozialisten, die Deutschenationalen, die Deutsche Volkspartei, das Landvolk und die Wirtschaftspartei waren nicht vertreten. Als erster Punkt der Tagesordnung wurden die Anträge zu den Notverordnungen vom 20. Juli 1932 verhandelt. Die Sozialdemokraten beantragten die Ausserkraftsetzung der beiden Notverordnungen über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preussen und über den Ausnahmezustand. Das Zentrum verlangte ausserdem noch Massnahmen zur Sicherung der Wahlfreiheit. Diesem Antrag schlossen sich die Sozialdemokraten ebenfalls an.

Zunächst erhält zur Begründung der sozialdemokratischen Anträge  
Abg. Breitscheid (Soz.)

das Wort.

Nach Artikel 48 der Reichsverfassung ist die Voraussetzung der Reichsexekution gegenüber einem Lande gegeben, wenn dieses Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt. Dieser Tatbestand war in Preussen in keiner Weise vorhanden. Die amtlichen und halbamtlichen Kommentare zu der Massnahme der Reichsregierung (die Notverordnung selber enthält überhaupt keine Begründung) lassen jede ernst zu nehmende Erklärung, worin die Pflichtverletzung oder Pflichtversäumnis der preussischen Regierung bestanden haben soll, vermissen und wir warten bis zum heutigen Tage vergebens auf eine wirklich ernst zu nehmende Begründung.

Nun kann bekanntlich nach Artikel 48, Absatz 2 der Reichspräsident auch dann, wenn im Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet werden, die zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung erforderlichen Massnahmen ergreifen. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, dass es mit der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zur Zeit in Deutschland schlecht, ja sehr schlecht bestellt ist. Mord durchtobt die Strassen, kein Tag vergeht ohne Zusammenstösse und blutige Konflikte, kurz, es sind Zustände eingerissen, die eines Kulturstaates unwürdig sind. Das aber gilt, wie ich ausdrücklich betone, nicht nur für Preussen, sondern für das ganze Reich, und es ist gänzlich unverständlich, warum gerade das Land Preussen unter die besonderen Massnahmen gestellt werden muss. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, dass die preussische Regierung und ihre Behörden alles getan haben, um gegen die Ruhestörer vorzugehen und sie zur Verantwortung zu ziehen. Alle gegenteiligen Behauptungen, die von der Reichsregierung und den ihr nahestehenden Organen aufgestellt werden, entbehren jeder Begründung.

Da ist zunächst die These, die preussische Regierung sei gegenüber der Kommunistischen Partei nicht frei gewesen. Und habe also infolgedessen nicht die Möglichkeit gehabt, kommunistische Uebergriffe mit der genügenden Schärfe zurückzuweisen. Wahrscheinlich hat die Reichsregierung hier eine Analogie zu den Verhältnissen schaffen wollen, die im Jahre 1923 zu dem Eingreifen im Freistaat Sachsen Veranlassung gegeben haben. Ich gehe auf die damaligen Vorkommnisse nicht ein und stelle nur fest, dass es geradezu absurd ist, der preussischen Regierung eine Gebundenheit an die Kommunisten nachzusagen. Es dürfte der Reichsregierung doch auch nicht unbekannt sein, dass die Kommunisten bis in die allerletzte Zeit hinein zu der Regierung Braun-Severing in dem denkbar schärfsten Gegensatz gestanden haben. Sie haben gemeinsam mit der Nationalsozialistischen Partei, von der geduldet zu werden die Regierung Papen sich glücklich schätzt, gegen das preussische Kabinett Sturm gelaufen. Ja, sie haben vor einem Jahr zusammen mit den Rechtsparteien das Volksbegehren gegen diese Regierung durchgeführt. Die persönliche Kritik, die die kommunistischen Redner und Zeitungsschreiber an den Mitgliedern der preussischen Staatsregierung geübt haben, war nicht minder scharf, als die, deren sich die Nationalsozialisten befleißigen. Wie in aller Welt kann man da eine Gebundenheit an die Kommunisten oder gar eine

Verbundenheit mit ihnen konstruieren?

Wenn man der preussischen Regierung Mangel an Energie gegenüber den Kommunisten vorwirft, so lässt sich das höchstens so erklären, dass die Reichsregierung der Auffassung ist, es müssten die Kommunisten schärfer angefasst werden als jene radikale Rechtspartei, die ebenfalls die bestehende Verfassung ablehnt und die Verfassung sowohl wie diejenigen, die sich zu ihr bekennen, mit den Mitteln des Terrors unter Gewalt bekämpft. Zu einer solchen Auffassung kann man gelangen, wenn man sich daran erinnert, dass für die Rundfunkrede des Reichskanzlers ein Entwurf vorlag, in dem sehr bedenkliche Sätze standen. Es hiess da etwa, die kommunistischen Stimmen dürften moralisch nicht ebenso bewertet werden, wie die der anderen Parteien. Diese Sätze sind nachträglich gestrichen worden, aber sie waren bereits durch das amtliche Telegraphenbüro verbreitet. Es scheint also in den Kreisen der Regierung eine Ansicht zu herrschen, der aufs schärfste widersprochen werden muss. Wir mögen zur KPD stehen wie wir wollen und sie wissen, dass die Sozialdemokratie die schärfsten Auseinandersetzungen mit ihr zu führen hat, jedenfalls aber ist diese Partei völlig gleichberechtigt, und es ist nicht Sache des Reichskanzlers, den Wert ihrer Wahlstimmen anders einzuschätzen, als die der anderen Parteien.

Ausserdem aber haben die politischen Gruppen, mit deren Unterstützung die gegenwärtige Reichsregierung zur Macht gelangt ist, die kommunistischen Stimme niemals moralisch unterbewertet, wenn sie mit ihnen zusammen, sei es beim Volksbegehren, sei es in den Parlamenten, sich gegen die Regierung wandten. Und der Reichsinnenminister, Freiherr von Gayl, hat es nicht unter seiner Würde gehalten, im preussischen Staatsrat bei der Behandlung des Amnestiegesetzes seine Stimme mit den moralisch minderwertigen der Kommunisten zu vereinen.

Nun aber wird weiter behauptet, dass ein hoher preussischer Beamter, gemeint ist der Staatssekretär im Ministerium des Innern, geradezu mit den Kommunisten konspiriert habe. Ein Beweis ist nicht erbracht und wird nicht zu erbringen sein. Aber wenn ein solcher Verdacht in den Kreisen der Reichsregierung auftauchte, so war es ihre Pflicht, unter Vorlegung von Beweisstücke bei der preussischen Regierung vorstellig zu werden und auf Abhilfe zu dringen. Bevor sie Artikel 48 in Anwendung brachte, hätte sie den Artikel 15 der Reichsverfassung benutzen können. Das ist nicht geschehen, sondern hat ohne weiteres zu den schärfsten Massnahmen gegriffen.

Andere Argumente, die ebenfalls angeführt worden sind, übergehe ich einstweilen, und nur ganz nebenbei erwähne ich den törichtesten Hinweis darauf, dass in Preussen keine Regierung vorhanden gewesen sei, die eine parlamentarische Mehrheit besessen habe. Gerade die Rechtsparteien, die den Reichskommissar für Preussen forderten, haben es abgelehnt die Wahl des Ministerpräsidenten vor dem 31. Juli vorzunehmen. Und wenn jede Regierung, der eine parlamentarische Mehrheit fehlt, unter Aufsicht gestellt werde, so gibt es dieser Regierungen noch mehr in Deutschland und nicht zuletzt die, die gegenwärtig im Reiche antiert.

Indessen, ein Wort muss noch hervorgehoben werden, das der Reichskanzler in der kritischen Besprechung gegenüber dem Minister Severing gebraucht hat. In die Enge getrieben hat er schliesslich erklärt, dass Gründe der Staatsräson ihn zu dem Vorgehen gegen Preussen bestimmt hätten. In dem Artikel 48 der Verfassung ist von Staatsräson keine Rede. Staatsräson ist ein sehr gefährlicher Begriff, der das Recht verletzen will. Wer Willkür üben will kann sich immer auf die Staatsräson berufen. Und Staatsräson ist es dann wohl auch gewesen, die die Reichsregierung resp. den Reichskommissar zu der widerrechtlichen Absetzung von Ministern und allen Beamten bestimmt haben. Was diese Absetzung betrifft, so berufe ich mich auf das unanfechtbare Gutachten des Professors Anschütz. Aber wie wie man vorgegangen ist,

wird am besten illustriert durch jene Ausflucht, die der Vertreter der Reichsregierung vor dem Staatsgerichtshof benutzt hat. Fünf Minister sind abgesetzt worden, weil sie einer Einladung, der Herrn von Papen als preussischer Ministerpräsident firmierte, nicht Folge geleistet haben. Jetzt heisst es, dass bei dieser Firmierung ein Bürolapsus vorgekommen sei. Der Fehler liegt also durchaus auf der Seite des Reichskommissars, wir haben aber nichts davon gehört, dass die auf diesem Fehler beruhende Entlassung der Minister rückgängig gemacht worden sei.

Alles in allem, das ganze Vorgehen gegen die preussische Regierung entbehrt der Rechtsgrundlage. Der Artikel 48 ist in einer Weise angewendet worden die nicht anders als willkürlich bezeichnet werden kann. Die Reichsregierung hat sich denen gebeugt, die seit Wochen und Monaten auf den Staatsstreich drängen. Wenn die Reichsregierung der preussischen Regierung Gebundenheit an die Kommunisten nachsagt, so haben wir weit mehr Recht, von ihrer Verbundenheit mit der Hitlerpartei zu sprechen. Sie sieht sich genötigt, Versprechungen zu erfüllen, die sie den Nationalsozialisten gegeben hat. Macht ist ihr vor Recht gegangen. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, dass Verfassungsfragen Machtfragen seien. Aber die Regierung hat sich nicht auf die Macht, sondern auf das Recht berufen, und wir haben die Pflicht, im Namen dieses Rechts gegen ihr Vorgehen den schärfsten Protest einzulegen, die Zurücknahme von Massnahmen zu fordern, die nur unter schwerster Verletzung der Verfassung zustande gekommen sind.

Und nun zu der politischen Seite der Sache. Hat sich etwa in Preussen die Lage seit der Einsetzung des Herrn von Papen als Reichskommissar gebessert? Nein, die Mordtaten, die Ueberfälle usw. dauern hier fort, wie sie im ganzen Reich fortauern. Ich erinnere daran, wie beispielsweise im Neidenburger Kreise unser Kollege, der Reichstagsabgeordnete Jaeger von SA-Leuten niedergeschlagen worden ist, obwohl die Landjäger sich in seiner unmittelbaren Nachbarschaft befanden. Im ganzen Kreise Neidenburg steht die nicht nationalsozialistische Bevölkerung unter dem Terror der SA-Leute.

Die Wurzel des Übels ist darin zu suchen, dass das Uniformverbot und das Verbot der Privatarmee des Herrn Hitler wieder aufgehoben wurde. Seinerzeit hat die Regierung Brüning das Verbot ausgesprochen mit der Begründung, dass ein Staat im Staate nicht geduldet werden könne, und dass das Auftreten der braunen Armee zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führe. War etwa die Regierung Papen in der Lage, diese Feststellungen ihrer Vorgängerin zu entkräften? Sie hat den Reichspräsidenten veranlasst, dass, was er wenige Wochen vorher festgestellt hatte, zurückzunehmen, und sie hat damit die Autorität des Reichspräsidenten wohl wie die Staatsautorität aufs schwerste geschädigt. Sie hat, weil sie durch Versprechungen gegenüber Herrn Hitler gebunden war, den uniformierten nationalsozialistischen Truppen die Möglichkeit zur Provokation und über die Provokation hinaus zu positiver Gewaltanwendung gegeben.

Damit komme ich auch zu dem Antrag über die Sicherung der Wahlfreiheit. Nennen Sie es Wahlfreiheit, wenn allenthalben Presseverbote erlassen werden, und wenn dort, wo die Nationalsozialisten regieren, wie z.B. in Anhalt, nicht nur öffentliche, sondern auch Mitgliederversammlungen der Eisernen Front untersagt werden. Dort wird keine Versammlung erlaubt, in der der Reichstagsabgeordnete Seger als Redner auftritt, ja, Brück selbst nicht einmal als

Ein-

lader zu der Versammlung fungieren. So geht man gegen die Sozialdemokratie vor, die das Verdienst hat, die ungeheure Erregung, die in der Bevölkerung herrscht, zu dämpfen, um die Wahlen stattfinden zu lassen. (Zwischenrufe der Kommunisten: Jawohl, wir haben nicht die Absicht, der Regierung einen Vorwand zu geben, den allgemeinen Belagerungszustand zu verhängen und dem Wunsche ihrer nationalsozialistischen Auftraggeber entsprechend die Wahl am 31. Juli zu verhindern.)

Zu dem allen kommt noch der Belagerungszustand für Brandenburg und Berlin, der verfügt worden ist, angeblich, um die Massnahmen gegen Preussen durchführen zu können, der aber nachdem diese Massnahmen erfolgt sind, einfach weiter aufrecht erhalten wird. Unter diesem Belagerungszustand neue Presseverbote! Ich schweige von anderen, ich weise nur des Beispiels halber auf das Verbot des "8-Uhr-Abendblatts" hin, das wegen einer harmlosen Zeichnung erfolgt ist. Wenn Herr von Papen eine derartig lächerliche mimosenhafte Empfindlichkeit an den Tag legt, so muss ich sagen, dass er sich für den Platz, an dem er steht, schon aus diesem Grunde sehr wenig eignet. Dazu kommen die Verhaftungen. Man hat den Polizeioberst Heimannsberg ebenso wie den Major Encke und den Reichsbannermann Carlberg wie schwere Verbrecher nachts aus den Betten geholt. Ein Unteroffizier der Reichswehr ist mit vorgehaltener Pistole in das Polizeipräsidium zu Schöneberg eingedrungen, als ob zu befürchten gestanden hätte, dass Heimannsberg sich der Verhaftung durch die Flucht entziehen werde, oder dass die Polizei sich gewaltsam zur Wehr setzt. Man ist genötigt gewesen, Heimannsberg wieder zu entlassen, und im Grunde war das ganze eine schwere Blamage für die Regierung und für ihr militärisches Ausführungsorgan.

Und dann die Verhaftung meines Parteifreundes Robert Breuer. Auf die Anzeige eines verächtlichen Denunzianten hin wird er in Schutzhaft genommen und er wird in Haft behalten, obwohl zahlreiche Zeugen zur Verfügung stehen, die die eidesstattliche Versicherung abgeben, dass Breuer nicht das gesagt hat, was jener Denunziant von ihm behauptet. Dabei gibt es heute für den, der sich in Schutzhaft befindet, im Gegensatz zu den Verhältnissen im Kriege keinerlei Rechtsgarantien. Alles ist in die Willkür des Militärbefehlshabers gestellt, selbst die Sprecherlaubnis mit dem Rechtsbeistand und mit der Familie des Inhaftierten.

Die Schutzhaft Breuers wegen der oben angegebenen Delikte muss deshalb als ungesetzlich bezeichnet werden, weil die Verordnung des Reichspräsidenten in ihrem Paragraph 3, auf den sich der Schutzhaftbefehl bezieht, eine Bestrafung nur für den vorsieht, "wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwider handelt, oder zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt". Eine Anordnung des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers, die sich auf die Breuer vorgeworfenen Delikte bezieht, ist aber bis heute überhaupt nicht erlassen.

Auf diese Weise hört Deutschland und hört insbesondere Preussen auf, ein Rechtsstaat zu sein. Dahin hat es die Regierung Papen gebracht. Wir sind unter diesen Umständen vollauf berechtigt und verpflichtet, die Aufhebung zunächst der politischen Notverordnungen, sowie des Belagerungszustandes zu fordern. Und ich stelle noch einmal fest, dass Herr von Papen und sein Kabinett die Macht an die Stelle des Rechts gesetzt haben. Die Herren haben sich der Verletzung der Verfassung ja, ich scheue mich nicht zu sagen, des Bruchs der Verfassung schuldig gemacht. Und sie haben darüber hinaus Verordnungen erlassen, die wahrhaftig nicht dazu beitragen, eine Entgiftung des politischen Kampfes, wie es der Herr Reichspräsident in seiner Erklärung vorsah, herbeizuführen. Aber ich rufe Herrn von Papen zu: "Wer Wind sät, der wird Sturm ernten!"

Abg. Wegmann (Zentrum) sagt, die Zentrumsanträge stellten lediglich das Verlangen an die Reichsregierung, die Notverordnungen auf dem ihr möglichen Wege ausser Kraft zu setzen. Das Vorgehen gegen Preussen sei verfassungsrechtlich unzulässig. Die Staatsautorität habe seit langer Zeit keinen solcher Stoss erlebt als jetzt bei dem Vorgehen gegen amtierende Minister. Es sei ausserordentlich bedauerlich, dass man es nicht verstanden hätte, die Reichswehr aus dem Spiel des Parteigetriebes zu lassen. Man brauche sich nur daran zu erinnern, wie dieselben Leute, die heute über die ungerechtfertigte Verhaftung des verdienten Obersten Heymannsberg jubelten, über Verletzung der Staatsautorität getobt hätten, als die Ulmer Reichswehroffiziere verhaftet worden sind. Das Vorgehen gegen Preussen sei ein verhängnisvoller Fehler. Um das Allerschlimmste zu verhüten, müsse mindestens der Belagerungszustand sofort aufgehoben und das Uniformverbot wieder eingeführt werden.

Abg. Dr. Pfleger (Bayerische Volkspartei) erklärt, der Ausschuss sei berechtigt, die Aufhebung der Notverordnungen zu verlangen. Die Aufhebung des Uniformverbots habe in Bayern die öffentliche Ordnung erst gestört. Die Uniform wirke provokatorisch. Die Notverordnungen vom 28. Juni stellten einen unerhörten Eingriff in die Polizeihohheit der Länder dar. Man werde den Eindruck nicht los, dass die Aufhebung des Uniformverbotes die Bedingungen für den Amtsantritt der Regierung gewesen sei. Aber alles werde übertroffen durch das Vorgehen gegen Preussen. Es wäre das Größte, was man sich vorstellen könne, die Absetzung der Regierung mit Hilfe eines Leutnants. Das sei ein Zustand, der mit der von dem Reichspräsidenten und den Reichsministern beschworenen Reichsverfassung schlechterdings unvereinbar sei. Insbesondere die Begründung habe in Süddeutschland höchste Erregung hervorgerufen. Die Bayern seien zwar Föderalisten, aber sie hielten die Reichsverfassung. Nicht sie seien es deshalb, die die neue Mainlinie aufgerichtet hätten. Sie sei geistig von der Reichsregierung aufgerichtet worden. Das Ansehen der Reichswehr habe unter den Vorgängen ungeheuer gelitten. Weite Kreise verständen es nicht, dass das Reichswehrministerium nicht nur mit der NSDAP, sondern auch mit Hauptmann Röhm verhandle. Frontoffiziere hätten ihm gesagt, sie fänden es unbegreiflich, dass dieser bolivianische Offizier im Reichswehrministerium empfangen werde. Sie hätten andere Begriffe vom § 175. In seinem (Pfleger's) Wahlkreis seien die meisten Stimmen für Hindenburg abgegeben worden. Auch dieser politische Aktivposten, die Wahrung des Ansehens des Reichspräsidenten, wozu die Reichsregierung verpflichtet sei, habe nicht zugenommen. Werde der Weg der Regierung mit dem Artikel 48 weiter beschritten, dann würden Zustände eintreten, um deren persönliche und geschichtliche Folgen er den Reichskanzler nicht beneide.

Reichskanzler von Papen legte gegen die Bemerkung des Abg. Pfleger von der Main-Linie Verwahrung ein.

Reichsminister von Gayl erklärte, der Ausschuss sei für die Aufhebung der Verordnungen nicht zuständig. Darauf stellte Abg. Dr. Breitscheid fest, dass die Vertreter der Reichsregierung nicht ein Wort zu dem Vorwurf des Verfassungsbruchs gesagt hätten. Der Vorwurf bestehe also zu Recht. Auch der Abg. Ersing (Ztr) wandte sich in schärfsten Worten gegen die Politik der Regierung und gegen ihre dürftigen Antworten. Abg. Dr. Pfleger (Bayr. Vp.) fordert den Reichswehrminister auf, sich zu dem Vorwurf zu äussern, dass die Reichswehr zur Hilfstruppe der SA geworden sei.

Reichswehrminister von Schleicher bedauert, dass die Reichswehr in die Ereignisse der letzten Tage hingezogen werden musste. Besonders General Rundstedt bedauere dies. Er habe erst am Sonntag-Abend den Wunsch geäußert, den Ausnahmezustand wieder aufzuheben. Bei den Massnahmen im Karl Liebknecht-Haus sei die Polizei über ihre Befugnisse hinausgegangen. Die Wehrmacht werde niemals zulassen, mit irgend jemand, wer auch immer es sei, die ihr zu gewie-

senen verfassungsmässigen Rechte zu teilen, und dass sie gegen diejenigen vorgehen werde, die sich ähnliche Funktionen anmassen sollten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kommt es nochmals zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten Dr. Breitscheid und Wegmann und dem Reichskanzler von Papen. Breitscheid stellt vor aller Öffentlichkeit fest, dass das Schweigen einer starken Regierung nicht würdig sei, dass nichts auf den Vorwurf Bruch der Verfassung erwidert worden ist. Wegmann wirft dem Reichskanzler vor, dass seine dürftige Antwort nicht die Sprache eines Staatsmannes sei und mit objektiver Beurteilung nichts mehr zu tun habe.

Den Antrag auf Aufhebung der wirtschaftlichen Notverordnung vom 14. Juli begründet Abgeordneter Dr. Hertz.

-----

SPD. Der sozialdemokratische Schriftsteller Rober Breuer befindet sich immer noch in Haft. Der Wehrkreiskommandeur für Berlin und Brandenburg hat die Haftentlassung abgelehnt, ebenso der Reichswehrminister, der am Montag interveniert wurde.

-----

SPD. Braunschweig, 25. Juli (Eig. Drahtb.)

Obwohl in Braunschweig in den letzten Wochen in öffentlichen Versammlungen Redner aller Parteien gesprochen haben, so Thälmann und Leow von der KPD, Hitler von der NSDAP, Dingeldey von der Deutschen Volkspartei, Wienbeck von der Deutschnationalen Volkspartei, hat Klagges am Montag, 24 Stunden vor Beginn einer grossen Kundgebung, in der der Präsident des Deutschen Reichstages Löbe sprechen sollte, diese öffentliche Kundgebung verboten, da sie angeblich die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährde. Die Versammlung findet nun als geschlossene Mitgliederversammlung der Eisernen Front trotzdem statt. Die republikanische Bevölkerung Braunschweigs ist über das Verbot derart erregt, dass mit einer gewaltigen Kundgebung trotzdem zu rechnen ist. Die Ortskampfleitung der Eisernen Front hat Protesttelegramme an den Reichspräsidenten und an den Reichsinnenminister v. Geyl geschickt.

-----

(Schluss des politischen Teiles.-. Auf Wiederhören

Dienstag Vormittag 7 Uhr auf Welle 2.850.)

# aus aller Welt

Drei Pfeile über Land!

-----  
Die Offensive der Eisernen Front!

SPD. Man schreibt uns aus einer kleinen Stadt in der Provinz Sachsen:

Während in den Grosstädten der Terror der SA.-Horden bürgerkriegsähnliche Zustände geschaffen hat, während Ueberfälle auf bekannte Einzelpersonen und Gebäude der Arbeiterschaft keine Seltenheit mehr sind, spielt sich der Kampf zwischen freiheitlichen Arbeitervertretern und den Naziverrätern in den kleinen Orten des freien Landes in einfacheren, aber ebenso erbitterten und aufreißenden Formen ab. Es tobt ein Kleinkrieg von Mann zu Mann, von Haus zu Haus. Die Einwohnerschaft des ganzen Ortes kennt sich; einer weiss vom Andern welche politische Gesinnung er hat.

Ein Gang durch die Hauptstrasse der kleinen Stadt an der Elbe lässt die grosse Schwierigkeit der Wahlarbeit für die "Eiserne Front" erkennen. Da ist kein Schlächterfenster ohne das Plakat der Nazis, Friseure liefern zu ihrem Seifenschäum Nazipropaganda; auch viele andere Kleingewerbetreibende glauben, sich an die Hitlerfreudigkeit der Grossbauern anpassen zu müssen. Es ist durchaus nicht so, dass alle diese Händler und Handwerker nun stramme Nationalsozialisten wären, aber sie denken, mit den Wölfen muss man heulen.

## Naziterror.

Ein zugereister Erntearbeiter, ehemaliger Kommunist, geht in die Wahlversammlung der "Eisernen Front". Zu Hause hängt er einen kleinen Wimpel mit den Freiheitspfeilen auf - - eine halbe Stunde danach ist er gekündigt. Auf den grossen Gütern werden die Landarbeiter gezwungen, mit der SA. oder dem Stahlhelm zu marschieren. Die offene Drohung der Gutsbesitzer oder Verwalter ist: entweder Ihr marschieret und erhaltet dafür Freibier oder Ihr könnt gehen. Aber diese Frucht wird aufgehen und vielleicht staunt mancher der Landbarone, wenn er das Wahlergebnis sieht.

Auf freier Strasse gehen die Salzsteuersoldaten in ihren Notverordnungsjacken am helllichten Tage mit Gewalt gegen unsere Freiheitskämpfer vor. Sie werden überfallen, wenn sie einzeln auf dem Nachhauseweg sind; feige stürmen die Knüppelgarden aus dem Hinterhalt hervor. Mit Vorliebe benutzt man für die "Tat" Ortsfremde, um jede Verfolgung unmöglich zu machen. Auch sonst kämpfen die Nazis mit derartigen "geistigen" Waffen: schon weigern sich die Gastwirte, ihre Räume für Wahlversammlungen freizugeben; weil sie um ihr Mobiliar fürchten. Der einzige Landjäger steht dem Tumult meist machtlos gegenüber, wenn er überhaupt zur Stelle ist.

## - und Freiheitspropaganda.

Desto spurloser sind die Nazihelden verschwunden, wenn die Propagandatrupps der "Eisernen Front" durch die Dörfer kommen. Bekennermut ist Nazischwache Seite. Unser Lautsprecherauto verkündet auch im entlegensten Winkel die Taten der Papenregierung und ihrer Nazinachläufer. Ob sie es hören wollen oder nicht: der Verrat ihrer Führer wird in die Öffentlichkeit gebracht. Die Öffentlichkeit hört zu! Von tapferen Freiheitskämpfern werden die Flugblätter über den Naziverrat in die Bauernhäuser getragen und die Kleinbauern und Landarbeiter nehmen begierig jede Aufklärung auf, während - die Grossbesitzer ihre Hunde loslassen.

Auch auf dem Lande sind die Fronten klar. Wenn die grossen Landherren sich noch soviel Leute kaufen, um ihre Knüppelgarden aufzufüllen, alle Land- und Arbeitshungrigen stehen hinter der "eisernen Front". Am 31. Juli werden alle Kleinbauern und Tagelöhner ihre Antwort gegen die Klassenherrschaft der Grossgrundeigentümer und Nazibarone zu geben wissen.

K.M.

+ + +

Santos-Dumont +. Einer der Pioniere der Luftschiffahrt, der Brasilianer Santos-Dumont, ist in Rio de Janeiro im Alter von 59 Jahren gestorben. Santos-Dumont, dessen Familie französische Abstammung ist, verlebte seine Jugend zum grössten Teil in Paris. Er konstruierte um die Jahrhundertwende mehrere Luftschiffe. Einmal haute er sich einen kleinen lenkbaren Ballon, mit dem es ihm sogar gelang, vor seiner Wohnung zu landen; er trank zu Hause Kaffee und flog dann weiter. Mit einem seiner Luftschiffe gewann er 1901 einen Preis von 100 000 Francs mit einem Flug von St. Cloud nach dem Marsfeld bei Paris. Später wandte sich Santos-Dumont der Konstruktion von Flugzeugen zu und stellte 1906 den ersten offiziellen Flugzeugrekord auf; er legte 220 Meter in 21 1/5 Sekunden zurück. 1909 führte er einen Flug von acht Kilometern mit der damals unerhörten Geschwindigkeit von 90 Kilometern aus. Nachdem dann andere Konstrukteure weitere Fortschritte erzielt hatten, gab Santos-Dumont seine Liebhaberei auf und übernahm die Bewirtschaftung von Kaffeeplantagen in Brasilien.

+ + +

Sprengstofffund. In der Nähe von Hoya (Provinz Hannover) entdeckte ein Knecht beim Himbeerpflücken drei mit Laub zugedeckte Kisten mit 150 Pfund Ammonit Inhalt. Die drei Kisten rühren aus dem Dransfelder Sprengstoff-Diebstahl her. Es fehlen nunmehr noch 14 Kolli. Ob es sich um ein politisches Verbrechen handelt, wie ursprünglich angenommen wurde, ist noch immer nicht aufgeklärt.

+ + +

Elli Beinhorn zurück. Am Montag-Nachmittag traf die Fernfliegerin Elli Beinhorn an Bord des Motorschiffs "Cap Norte" von Südamerika kommend in Bremerhaven ein. Am Dienstag früh fliegt Elli Beinhorn nach Hannover, am nachmittag nach Berlin-Tempelhof.

+ + +

Ostsee=Opfer. Am Badestrand von Heringsdorf ertrank ein 24-jähriger Hotel-Angestellter; bei Reval fand ein elfjähriger Knabe den Tod in der Flut.

+ + +

Insulin=Prüfung. Das "Deutsche Insulin-Komitee" berichtet über die von ihm vorgenommene Prüfung der von deutschen chemischen Firmen herausgebrachten Insulin-Fabrikate. Bisher ist die Fabrikation von Insulin so wenig rentabel gewesen, dass die grossen deutschen Werke, die auf diesem Gebiete tätig sind, die Herstellung wiedereingestellt haben.

Das Insulin wurde von den Physiologen Banting und Best im Macleod-Institut in Toronto (USA) zum erstenmal hergestellt. Es wurde nur der Name Insulin, nicht aber das Verfahren geschützt. Macleod bestimmte lediglich, dass in allen Fabriken der Welt, in denen Insulin hergestellt wird, der Fabrikationsgang und das Fabrikationsergebnis von einem ehrenamtlich tätigen Insulin-Komitee überwacht wird. Bauchspeicheldrüsen von Rindern und Kälbern bilden das Rohmaterial des Insulins. Nach jeder einzelnen Fabrikationsstation wird das Material jeweils an 50 Kaninchen auf seine Wirksamkeit geprüft. Die einzelnen Mitglieder des Insulin-Komitees prüfen ihrerseits die Wirksamkeit jeweils an sechs zuckerkranken Patienten.

+ + +

Held des Lebens. Das Pariser Pasteur-Institut empfing dieser Tage den 71jährigen Wiener Chirurgen Professor Ullmann mit grossen Ehrungen. Als junger Medizinstudent hatte sich Ullmann in Paris Tollwut-Bazillen und anschliessend das von Pasteur hergestellte Tollwut-Serum einspritzen lassen. Das lebensgefährliche Experiment bestätigte seinerzeit die Richtigkeit der Pasteur'schen Serumtherapie.

+ + +  
Ein Gräberfeld. In der Nähe von Wegenstadt (Kreis Gardelegen) wurde ein aus dem vierten bis dritten Jahrhundert vor Christus stammendes Gräberfeld entdeckt: etwa fünfundsiebzig Gräber sind in Reihen geordnet.

+ + +  
Bluttat. In Marzahn bei Berlin hat ein Unbekannter eine Frau, die sich seinen Belästigungen widersetzt, durch mehrere Schüsse zu Boden gestreckt und schwer verletzt. Ein Chauffeur, der den Täter verfolgte, wurde gleichfalls angeschossen. Als der Täter sah, dass ihn mehrere in der Nähe beschäftigte Arbeiter zu fassen schienen, beging er durch einen Kopfschuss Selbstmord.

+ + +  
Ehrung der Kunst. Die grosse französische Chanson-Sängerin Yvette Guilbert wurde von der französischen Regierung zum Ritter der Ehrenlegion ernannt.

+ + +  
Mit Messer und Schere... In Dortmund erstach ein 35jähriger Erwerbsloser seine Frau im Verlaufe einer Auseinandersetzung mit einer Schere. Der Täter wurde verhaftet. Er gab an, von seiner ihm an Kraft überlegenen Frau mit einem Messer bedroht worden zu sein; es wäre ihm zwar gelungen, ihr das Messer zu entwenden - dann aber sei die Frau mit einer Schere auf ihn losgegangen. Er habe versucht, ihr auch die Schere abzunehmen, ihr jedoch im Ringen unglücklicherweise tödliche Stiche beigebracht.

+ + +  
Verkehrsunglück. In der Nacht zum Montag wurde in Stoppenberg (Westfalen) ein mit vier Personen besetztes Auto aus Gelsenkirchen an einem nicht genügend geschützten Bahnübergang von einem Personenzug erfasst und 100 Meter weit mitgeschleift. Die vier Insassen des Wagens erlitten schwere Verletzungen.

+ + +  
Verhungert. Nach einer offiziellen Statistik des New Yorker Wohlfahrtsamtes sind im Jahre 1931 in New York 95 überhungerte und völlig erschöpfte Menschen in die Krankenhäuser eingeliefert worden. 20 konnten nicht am Leben erhalten werden.

+ + +  
Urteil gegen Kommunisten. Vom Berliner Schnellschöffengericht wurden zwei erwerbslose Kommunisten zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten hatten nach Beginn des Berliner Belagerungszustandes Flugblätter mit der Aufforderung zum Generalstreik verteilt. Wegen dieser Tätigkeit waren von der Polizei insgesamt in Berlin 200 Personen festgenommen worden. Weitere Urteile werden folgen...

+ + +  
Kinderaustausch. Durch Vermittlung des Sozialistischen Esperanto-Bundes konnten in diesem Sommer eine Anzahl schwedischer Schulkinder nach Deutschland reisen; sie verbringen ihre Ferien in Frankfurt am Main. Im vorigen Jahr waren Frankfurter Schulkinder Gäste schwedischer Esperantisten. Für das nächste Jahr werden Reisen grösserer Gruppen vorbereitet.

-----

# Gewerkschaftliche Kündschau ✖

## Der Unterstützungsraub.

SPD. Hitlers Lügenbrut, die jahrelang der Arbeiterschaft und vor allem den Arbeitslosen vorgelogen hat, es wird in Deutschland besser, sobald Hitler die Macht habe, steckt jetzt um. So hat dieser Tage Dr. Frick auf einer Kundgebung der Nationalsozialisten in Göttingen erklärt, der Weg in eine bessere Zukunft sei ein Leidensweg der Entbehrungen: Es gebe nur ein Rezept: arbeiten, sparen und sich nach der Decke strecken.

Der Leidensweg der Entbehrungen wird, seitdem die Hitlerbarone in Deutschland regieren, mit jedem Tag schlimmer. Seit Montag hat z.B. der Unterstützungsraub an den Arbeitslosen auf der ganzen Linie eingesetzt. In und vor den Arbeitsämtern spielen sich nach der Auszahlung der neuen gekürzten Unterstützungssätze wahrhaft herzzerreissende Szenen ab. Tausenden von armen Teufeln, von allen von den jüngeren Arbeitslosen, wird die Unterstützung halb oder ganz gestrichen. Hunderttausende gehen nur noch mit einigen Bettelpfennigen nach Hause. Kürzungen von 30, 40 und mehr Prozent sind keine Seltenheit. Stünde nicht der Wahltag vor der Tür, dann hätte sich die Erregung der Arbeitslosen gegen den brutalen Unterstützungsraub durch die Hitlerbarone wahrscheinlich in einer furchtbaren Explosion Luft gemacht. Nur die Möglichkeit, am kommenden Sonntag mit den Unterstützungsräubern abzurechnen, hat die Arbeitslosen zur Zurückhaltung bewogen.

Die Berliner Gewerkschaften haben über die Auswirkung der Notverordnung an Hand von Stichproben, die ohne jede Auswahl vorgenommen wurden, geradezu: erschütternde Feststellungen gemacht. So ist bei 200 Arbeitslosenunterstützungsempfängern, die nach der Neuberechnung von der Anwendung der Hilfsbedürftigkeit erfasst wurden, folgender Abzug vorgenommen worden: Die Unterstützungssumme betrug für diese 200 Unterstützungsempfänger bisher wöchentlich 2 937 Mark. Nach der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit schieden, weil die Bedürftigkeit verneint wurde, überhaupt aus: acht Unterstützungsempfänger mit einer Unterstützungssumme von wöchentlich 124,80. Die verbleibenden 192 Unterstützungsempfänger erhielten vor der Anwendung der Notverordnung wöchentlich eine Unterstützungssumme von 2 812,45 Mark. Nach der Notverordnung der Hitlerbarone erhalten diese 192 Unterstützungsempfänger infolge der Durchführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung nur noch eine Unterstützungssumme von wöchentlich 1 658,45 Mark. Diesen Unterstützungsempfängern ist also eine "Ersparnis" von 1 154 Mark weggenommen worden. Das sind 41,03 %. So etwas nennt man dem armen Teufel den Bissen Brot vom Munde wegreißen.

Wie grausig die Dinge in Wirklichkeit liegen, dafür nur einige Beispiele aus der erwähnten Unterstützungsempfängergruppe:

Alter Unterstützungssatz M	Neuer Unterstützungssatz M	Kürzung der alten Unterstützung in %
25,20	12,30	51
14,65	10,20	30
25,20	12,00	52
18,00	12,00	33
18,90	9,90	48

9,45	5.--	47
10,80	7,10	34
8,80	2,--	77
12,68	5.--	61
13,50	5.--	63

So geht es grausam und erschüttern weiter. Und ähnlich liegt es bei der Krisenunterstützung. Für 131 Krisenunterstützungsempfänger betrug bisher wöchentlich die Unterstützungssumme 1 408,10 Mark. Nach der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit schieden, weil die Bedürftigkeit verneint wurde, überhaupt aus: 17 Unterstützungsempfänger mit einer Unterstützungssumme von wöchentlich 116,25 Mark. Die verbleibenden 114 Krisenunterstützungsempfänger erhielten vor der Anwendung der Notverordnung wöchentlich eine Unterstützungssumme von 1 291,85 Mark. Nach der Anwendung der Notverordnung der Hitlerbarone erhalten diese 114 Krisenunterstützungsempfänger infolge der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nur noch eine Unterstützungssumme von wöchentlich 858,95 Mark. Man "erspart" an ihnen also wöchentlich 432,90 Mark oder 33,51 %. Auch hier einige Beispiele über die Auswirkung der Unterstützungskürzung im Einzelfall:

Alter Unterstützungssatz	Neuer Unterstützungssatz	Kürzung der alten Unterstützung in %.
9,45	5.--	47
9,45	7,50	21
12,15	7,--	42
7,20	4,50	37½
13,20	8,00	39
2,35	1,00	57
6,--	2,00	66 2/3
8,80	5,00	43
6,60	3,00	54½
8,80	5,00	43.

Angesichts dieser Schreckensziffern, die ausserhalb Berlin noch schlimmer sein dürften, wirkt das Gerade der Hitlermeute, der Weg in eine bessere Zukunft werde ein Leidensweg der Entbehrungen sein, wie eine freche Verhöhnung der Arbeitslosen. Der Abbau des Wohlfahrtsstaates, den die Regierung der Hitlerbarone als ihr Programm angekündigt hat, muss, wenn nicht am kommenden Sonntag das Volk dem Hitlerwahnsinn Einhalt bietet, grauenvolle Formen annehmen. Je grösser Hitlers Macht wird, desto grösser wird auch der Hunger in Deutschland. Hitlers Weg führt über Leichen, über die Leichen der von der SA ermordeten Arbeiter und über die Leichen der durch die Notverordnung der Hitlerbarone verhungerten Arbeitslosen.

SPD. Die Reichsbahnauptverwaltung beantwortet den Alarm über Pläne, den Freiwilligen Arbeitsdienst auch bei der Reichsbahn einzuführen, mit einem unbefriedigenden Beruhigungsversuch. Sie bezeichnet die Behauptung, die Reichsbahn wolle für regelmässige Eisenbahnarbeiten, insbesondere für Oberbauunterhaltung im grossen Umfang Kräfte des Freiwilligen Arbeitsdienstes einsetzen, als unzutreffend.

Warum erklärt die Hauptverwaltung nicht klipp und klar, dass für die eigentlichen Oberbauarbeiten kein Freiwilliger Arbeitsdienst in Betracht kommt? Es kann doch nicht so schwer sein, den Eisenbahnern deutlich zu sagen, was man nicht will.

Ueber das Thema "Zwangsarbeit oder freie Arbeit", also über das Problem der Arbeitsdienstpflicht sprach dieser Tage der Sekretär des ADGB Dr. Broecker

im Westdeutschen Rundfunk. Broecker setzte sich vor allem mit der hauptsächlich von den Nationalsozialisten aufgestellten These, die Arbeitsdienstpflicht sei ein Segen für das deutsche Volk, auseinander und führte all die grundsätzlichen Einwendungen an, die namentlich von den Gewerkschaften gegen die Arbeitsdienstpflicht erhoben werden. Es sei unverständlich, dass die Arbeitsdienstpflicht als ein Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit angepriesen werde; denn sie könne nur der Beschaffung zusätzlicher Arbeitskräfte, nicht aber der in Wirklichkeit notwendigen Beschaffung zusätzlicher Arbeit dienen. Arbeitsbeschaffung bedeute Beschaffung existenzsichernder Arbeit, d.h. Arbeit, deren Entgelt dem Arbeitnehmer und seiner Familie eine ausreichende Versorgung gewähre, die ihn teilnehmen lasse auch an den kulturellen Fortschritten des Volkes, die ihn instand setze, Bedürfnisse zu befriedigen, die über den primitivsten Bedarf von Ernährung und Kleidung hinausgehen, - Arbeit, die ihn schliesslich auch insofern zum Wirtschafts- und Staatsbürger mache, als er an der Aufbringung der Steuern, der Sozialbeiträge und nicht zuletzt an der Steigerung des Warenabsatzes beteilige.

All das, betonte Broecker, kann die Arbeitsdienstpflicht nicht bieten. Der Dienstpflichtige kann in seinem Dienst nicht Rechte auf Entgelt, nicht Rechte auf Wahrung seiner Interessen geltend machen, sondern Lebensform und Lebensinhalt, ebenso wie die Arbeit selbst, werden ihm von oben her vorgeschrieben, sodass er niemals in der Lage ist, in der Zeit des Dienstes seine eigene Existenz nach eigenem Willen zu fördern, geschweige denn für die Existenzhaltung der Angehörigen einzutreten.

Broecker zeigte die Unrichtigkeit der Kostenanschläge auf, wie sie von Anhängern der Arbeitsdienstpflicht z.B. von Generalmajor a.D. Vaupel und Oberst Hierl aufgestellt wurden. Die Arbeitsdienstpflicht werde auch nicht annähernd aus ersparten Unterstützungen finanziert werden können. Andererseits bestehe die grosse Gefahr, dass sie Arbeiten des normalen Arbeitsmarktes, namentlich Arbeiten der öffentlichen Hand ergreift und dadurch entlohnte Arbeit verdrängt. Diese Gefahren hätten sich auch beim freiwilligen Arbeitsdienst gezeigt. Trotzdem könne dieser namentlich für die Jugendlichen, einen Sinn haben, wenn seine arbeitsmoralischen, jugendfürsorgerischen und schliesslich auch politischen Möglichkeiten in vollem Umfang ausgenützt würden und wenn die Arbeit selbst sich streng im Rahmen der Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit halte. Das Programm des ADGB zeige den Weg, der gegangen werden müsse. Auch der freiwillige Arbeitsdienst erfülle aber nicht die Aufgabe der Arbeitsbeschaffung, sondern nur die Aufgabe der Arbeitslosenbetreuung. Zu der viel entscheidenderen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung erinnerte Broecker noch einmal an die vom Krisenkongr des ADGB aufgestellten Forderungen, hinter denen ein gewaltiger Teil des Volkes mit Ueberzeugung stehe und in der Hoffnung, dass auf die Dauer alle einsichtigen und massgeblichen Stellen in Volk und Staat sich diesem Appell nicht entziehen werden.

---

SPD. Hitler will mit den "November=Verbrechern" abrechnen. Wornin bestand das "November=Verbrechen"? Das führende rheinische Organ der Schwerindustrie, die "Kölnische Zeitung", schreibt in ihrer Nummer vom 24. Juli in einem Ueberblick über die Lage: "Als der Zusammenbruch von 1918 die bestehende Ordnung umwarf, war vom Bürgertum nur noch das Gefüge vorhanden. Ruhe und Ordnung hat damals nicht das Bürgertum allein wiederherstellen können, sondern mit ihm die Besonnenheit der deutschen Sozialdemokratie. Das soll man auch heute nicht vergessen."

Viele haben es vergessen.

---

# Wirtschaft Technik Gandhi

## Kunststückchen der Marxistentöter.

Sie haben die Wohnungsnot und das Wohnungselend beseitigt.

SPD. Seitdem die Nationalsozialistische Partei Millionen von Stimmen auf sich vereinigt, hält die kapitalistische Presse das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied für reif, ihm den grössten Blödsinn vorzusetzen. So erzählt diese Presse, allen voran in einer ihrer letzten Ausgaben: die schwerindustrielle "Deutsche Bergwerkszeitung", in Deutschland wären jetzt Wohnungsnot und Wohnungselend beseitigt. Ja, so führen sie aus, als die Marxisten, die Sozis und die Gewerkschaften noch am Ruder waren, da gab es nur die Scherereien mit den Wohnungsämtern; aber beileibe keine Wohnungen. Jetzt, wo man mit den Marxisten aufräume, sind Wohnungen in Hülle und Fülle vorhanden. Tagtäglich werden sie angeboten. Ohne Wohnungsamt und ohne "marxistische Wohnungsbewirtschaftung".

Ja, Wohnungen werden angeboten in Stadt und Land. Aber es gibt hier einen kleinen Haken. Niemand kann diese Wohnungen bezahlen. Hier liegt der Haase im Pfeffer.

Wohnungsbedarf ist, wie wir aus den Darlegungen der Wissenschaft wissen, ein durchaus relativer Begriff. Wie bei jeder Ware. Ist die Wohnung billig, dann gibt es viel Nachfrage nach Wohnungen. Wird aber die Miete verteuert, dann sinkt natürlich die Nachfrage und damit auch der sogenannte Wohnungsbedarf. Wenn eine Wohnung 30 Mark pro Monat kostet und es Arbeiter gibt, die das vier- und fünffache im Monat verdienen, dann gibt es auch Arbeiter, die sich solche Wohnungen zulegen und solche Wohnungen suchen. Verdient der Arbeiter aber nur so viel, dass er eben über den Tag hinweg kann, dann kann er sich eben die Wohnung für 30 Mark nicht leisten. Dann muss der Wohnungsbedarf und die Nachfrage sinken.

Die kapitalistische Presse nennt das, die Marxistentöter hätten mit der Sauwirtschaft der Marxisten auf dem Wohnungsmarkt aufgeräumt und seitdem gäbe es Wohnungen in Hülle und Fülle.

Die Dinge liegen in Wirklichkeit so, dass der Beamte und der Angestellte, der sich bisher eine Drei- oder Vierzimmerwohnung leistete, diese nicht mehr bezahlen kann. Er muss eine kleinere Wohnung suchen. Amtlich ist festgestellt worden, dass in weiten Bezirken die Miete für kleinere und kleinste Wohnungen bis 50 Prozent und mehr des Arbeitereinkommens ausmacht. Die Arbeiter können, besonders wenn sie arbeitslos werden, diese Mieten nicht mehr bezahlen. Sie kriechen dann in den bekannten Wohnhöhlen zusammen. Das nennen unsere Marxistentöter Befreiung des Wohnungsmarktes von der marxistischen Sauwirtschaft.

Man fahre nach Berlin herein, ganz gleichgültig, von welcher Richtung her, ob über Bernau oder Oranienburg, ob über Potsdam oder vom Süden. Ueberall wird man zehntausende von Lauben finden. Sie werden in der Statistik schamvoll als Sommerlauben und Schrebergärten geführt. Erst wenn man hinter die Kulissen sieht, erfährt man, dass hier hunderttausende von Menschen Sommer und Winter leben. In den meisten Fällen in einem Raum mit 5, 6 und mehr Personen. In den meisten Fällen geschützt nur durch ein Holzmaterial, das schlechter als die bekannte Eierkiste ist. In vielen Fällen auf der platten feuchten Erde.

So sieht die Beseitigung des Wohnungselends durch die Marxistentöter aus. Dazu noch ein paar Fälle, die wir dem "Deutschen Verein für Wohnungsreform" verdanken. In der Industriestadt Hagen in Westfalen lebten - die Fälle datieren für das Jahr 1928, seitdem dürfte sich die Situation noch verschlimmert haben - 18 Personen in 4 Zimmern, 12 Personen in 3 und 9 Personen in 2 Zimmern. In Berlin und in andern Grosstädten sind die Verhältnisse kaum anders noch grauenvoller. Kann man sich wundern, dass Tuberkulose, Rhachitis und andere Seuchen gerade jetzt unheimlich zunehmen?

Damit keiner glaubt, so was gebe es nur in den Grosstädten. Aus Waldweiller liegt folgender, nicht alleinstehender Fall vor: Die Mutter schläft mit 2 Töchtern von 12 und 21 Jahren in finsterner und feuchter Kammer. Im Nebenhause, Haus Nr. 91, hausen 6 Menschen in Kammer und Küche. Drei Generationen müssen sich hier in zwei Betten teilen. Aus dem Kreise Trier wird durch die Kreisfürsorgerin folgendes berichtet: 8 Menschen wohnen und schlafen in zwei Kammern, Küche und einem Verschlag. Beide Eltern sind tuberkulös; die älteste Tochter leidet an Lupus (Krebs) und trotzdem schläft ihr uneheliches Kind bei ihr. Die Frau war vor einiger Zeit im Krankenhaus, wurde dann aber nach Hause geschickt, weil die Gemeinde die Kosten nicht mehr tragen konnte und wollte.

In Berliner Bezirken müssen mehrere Familien in einem Wohnraum hausen. Familien mit halbwüchsigen Töchtern und mit einem Schlafzimmer sind gezwungen Schlafstellen an Prostituierte zu vermieten. So kommt es zu folgendem Fall, der aus dem Osten Berlins erst bei der Einlieferung der Betroffenen ins Krankenhaus bekannt wurde: In einer Stube schlafen Vater, Mutter, Sohn und Tochter. Die Tochter infiziert sich mit Syphilis. Nach einiger Zeit ist die ganze Familie syphilitisch erkrankt.

So sieht die Überwindung des Wohnungselends und der Wohnungsnot durch die Papenheimer und die Nazis aus. Die Sozialdemokraten haben versucht, dieses ungeheure, z.T. durch den Krieg verschuldete Wohnungselend zu dämmen. Das nennen die Hitlerbarone jedoch marxistische Sauwirtschaft.

Gebt ihr ihnen am Sonntag die richtige Antwort! Wählt Liste 1, Sozialdemokraten! Fort mit der Kulturschande des Nazisystems.

SPD. Der Preussische Landgemeindetag-West weist auf Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen in den rheinisch-westfälischen Industriegemeinden hin. Bei einer Erhöhung der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in ganz Preussen von 1 485 086 auf 1 530 766 während des Monats Juni (Steigerung um 3,1 %) haben die Landgemeinden in der Rheinprovinz eine Erhöhung von 3,5 % und die Landgemeinden in der Provinz Westfalen eine Erhöhung um 4,7 %. Im Regierungsbezirk Aachen liegt eine Steigerung um 5,4 % vor. Es folgen die Regierungsbezirke Arnsberg mit 5,3 %, Minden mit 5 %, Köln mit 4,1 %, Münster mit 3,6 %, Koblenz mit 3,3 und Düsseldorf mit 2,5 %.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Reichsregierung (Reichswohlfahrtshilfe) völlig unzureichend sei.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an das Agitationswort der Hitler- und der Papenleute, wonach einfach kommandiert werden soll: die Krise ist beendet, wenn die Rechte das Regierungsruder ergriffen hat. Nun, die Hitlerbarone regieren im Reich und in Preussen. Das Heer der Arbeitslosen - nach der idiotischen Agitation der Deutschlandnationalen und der Nazis eine Folge der "marxistischen Misswirtschaft" - steigt weiter. Vielleicht hat Herr von Papen mit der Absetzung preussischer Polizeipräsidenten und Adolf Hitler mit Flugzeugtourneen zu viel zu tun, um das berühmte Kommando zu geben: Die Weltwirtschaftskrise ist beendet!!!

SPD. Die Rechtspresse rührt die Werbetrommel für von Papen-Hitler und verspricht, dass die mit Hitler verbündete Papenregierung noch im Herbst dieses Jahres hunderttausende von Arbeitslose in Arbeit und Brot bringen werde.

Nur sagen die Lakaien der Nazi-Barone nicht, wie Papen-Hitler das machen werden? Die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten haben - und die Regierung Brüning war bereit, dieses Programm durchzuführen - ein grosses Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das mit einem Betrage von 2 Milliarden Mark wirklich hunderttausende in Arbeit und Brot hätte bringen können, ohne Inflation, ohne die Währungsfestigkeit und die Mark zu gefährden.

Die erste Tat der Hitlerbarone war, dass man dieses Programm, das die Bildung des Reichswirtschaftsrats gefunden hatte, einfach zerriss. Die Hitlerjünglinge haben aber den Massen so viel von Arbeitsbeschaffung erzählt. Also musste man schon auf die Hitlerbarone drücken, dass sie wenigstens vor den Wahlen so tun, als ob sie täten.

Bruchstückweise erfährt man nun, was die Hitlerbarone unter Arbeitsbeschaffung verstehen.

Das erste Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung von Papen im Betrage von 135 Millionen Mark ist geradezu jämmerlich gegenüber der Tatsache, dass Millionen in Deutschland auf Arbeit warten.

Das Gefühl scheint man auch in der Regierung gehabt zu haben. Nun wartet man mit einem zweiten Tropfen auf den heissen Stein auf. Wieder wird ein nebelhaftes Arbeitsbeschaffungsprogramm angedeutet, im Betrage von rund 200 Millionen Mark. Man kann wohl feststellen, dass auch das für die Katze ist. Mit solchen Jämmerlichkeiten kann man unser Wirtschaftsleben nicht ankurbeln. Darauf kommt es aber bei jedem Arbeitsbeschaffungsprogramm an.

Aber auch sonst muss man sich die geplante Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Hitlerbarone unter die Lupe nehmen. Kernstück dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms soll das Abwracken von grossen Schiffen sein, die überflüssig geworden sind. Es handelt sich da, wie sich unsere Leser erinnern werden, um eine Subvention an Grossreedereien. Wir haben den Verdacht, dass sich diese Art Arbeitsbeschaffung als neue Subvention für Grossreeder zu Lasten der Steuerzahler und der Arbeitslosen entpuppen wird.

Vom Arbeitsbeschaffen reden die Nationalsozialisten sehr viel. Sie wollen das "Ding" durch Inflation "drehen". Damit würde keine Arbeit geschaffen, würde Angestellten, Beamten und Arbeitern der Lohn gekürzt. Wie wir das 1923 alle erlebt haben. Aber auch die gegenwärtigen Massnahmen der Hitlerbarone haben den Geschmack von Notendruck. Die Reichsbank soll die geplante Arbeitsbeschaffung erst einmal finanzieren. Es kann sich dabei nur um regelrechte Finanzwechsel handeln. Und das ist auf jeden Fall, ganz gelinde ausgedrückt, nicht unbedenklich.

Am Sonntag! Gegen jede Inflation - darum Liste 1, Sozialdemokraten.

-----

SPD. Die letzten Vorgänge in Deutschland haben neue Unruhe in das Wirtschaftsleben hineingetragen und in Handel und Gewerbe versichert man, dass neue Stockungen im Geschäftsleben eingetreten sind. Das kann nicht wundern. Die Massnahmen der Papenregierung haben eine Atmosphäre geschaffen, die an den Mann erinnern, der mit brennendem Streichholz an das offene Benzinfass geht. Nur die Papenregierung scheint ihr Streichholz und das Benzinfass nicht zu sehen. Sie behauptet, ihre Massnahmen dienen zur Wiederherstellung der Staatsautorität und seien im Interesse der Wirtschaftsankurbelung zum wecke der Ruhe und Ordnung erfolgt.

Es ist zu begrüssen, dass sich der "Deutsche Volkswirt", also ein Blatt, das für sich in Anspruch nehmen kann, die Dinge objektiv und mit den Augen der Wissenschaft zu betrachten, mit dieser Situation beschäftigt. Der "Deutsche

Volkswirt" schreibt u.a.:

"Nicht eine Stunde lang war diese Staatsautorität bedroht, bevor die Regierung Papen den "aufbauwilligen Kräften" die Uniformierung und die Strasse wieder freigab, bevor der Anblick dieser Armeen in einer von ständiger Mord- und Bedrohung erfüllten Atmosphäre die Leidenschaften der Massen bis zu einem Grade erhitzte, der Explosionen unvermeidliche machte. Der Reichsregierung kann sich über die Brüchigkeit des Bodens, auf dem sie steht, nicht länger täuschen\*.

Der Hinweis auf Staatsautorität und Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung z.B. in Preussen, wo sie durch Massnahmen der preussischen Regierung nirgends bedroht war, soll der grosse Wahlschlager der Papenregierung sein. Dadurch soll der Geschäftsmann eingefangen werden, der Ruhe und Ordnung braucht, um seine Geschäfte betreiben zu können. Es ist klar, dass bei Massnahmen, wie sie die Regierung von Papen durchgeführt hat und noch plant, Ruhe und Ordnung nur gestört werden müssen. So können sich Handel und Wandel nicht entwickeln. Das deutsche Volk hat jahrelang in der Republik ohne Bürgerkrieg gelebt. Die Demokratie war der Friede in Deutschland. Damit haben die Hitlerbarone nun gebrochen. Sie bedrohen eine Besserung in der Wirtschaft, indem sie den Frieden bedrohen.

Diese Ueberlegung muss gerade den Geschäftsmann veranlassen, sich am Sonntag gegen die Feinde der Demokratie zu erklären. Deshalb wählen wir am Sonntag Liste 1, die grosse demokratische Partei, Sozialdemokraten!

SPD. Die Reichsregierung hat vor einiger Zeit die Absicht, den Benzin durch Erhöhung des Spritbeimischungszwangs weiter zu verteuern, abgestritten. Jetzt teilt der Reichsausschuss für Kraftverkehrswirtschaft mit, dass die Auto- und Kraftradfahrer mit einer solchen Vertauierung zu rechnen haben. Mit aller Schärfe wendet sich der Ausschuss gegen diese Pläne.

In der Eingabe des Reichsausschuss an die Papenregierung wird ausgeführt, dass die Erhöhung des Beimischungszwangs die Kraftverkehrswirtschaft nur verteuere, Landwirtschaft aber nicht helfe. Durch die Beimischung werde die Kartoffelmenge nur um 1,4 % vermindert. Nutzen hätte davon nur eine beschränkte Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben, die in der Landwirtschaft keine Rolle spielten.

Der Reichsausschuss scheint die gegenwärtige Regierung noch nicht zu kennen. Nicht auf die Allgemeinheit z.B. die lebenswichtige Kraftverkehrswirtschaft kommt es dieser Regierung an, wohl auch auf ein paar landwirtschaftliche Betriebe, "die in der Landwirtschaft keine Rolle spielen". Diesen gross-agrarischen Betrieben sollen unter allen Umständen neue Subventionen zugeführt werden. Deshalb muss der Benzin teurer werden. Das ist so die Methode Papen-Hitler.

SPD. In der Kraftrad-Industrie ist es zu einem Zusammenschluss zwischen der NSU, Vereinigte Fahrzeugwerke Neckarsulm und den Deutschen Motorradfabriken (D-Rad) in Spandau-Haselhorst gekommen. Eine Konzentration in der Kraftrad-Industrie würde notwendig durch die Lage des Absatzmarkts, der durch die Kaufkraftdrosselung immer schlechter geworden ist, dann aber auch durch die masslose Rationalisierung, die eine nicht ausnutzbare Kapazität geschaffen hat. Das Unternehmen in Spandau ist Reichsbetrieb, während die NSU von der Dresdener Bank, ebenfalls Reichsbesitz, kontrolliert wird.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 56

Berlin, den 25. Juli 1932

## Das "unartige" Kleinkind.\*

SPD. "Es ist ein Kreuz mit dem Kinde", jammern viele Mütter, die nicht wissen wollen, wie sie sich selber in ihrer Jugend verhalten haben, oder die sich nicht in der Gewalt haben, sodass ihnen alles auf die Nerven fällt, was das Kind "anrichtet". Leider sehen die Mütter wohl den Splitter im Auge des Kindes, doch nicht den Balken im eigenen Auge. Neuerdings werden "Preisausschreiben" für Vorschläge erlassen, wie "Gefahren" bzw. Schäden durch Untriebhafte der Kleinkinder verhütet werden können. Ein unverkennbar notwendiges Bestreben. Aber - rechne doch jemand mit der Gedankenwelt eines Kleinkindes!

"Schäden" sollen verhütet werden. Ist dieser Wunsch durchführbar? Es kommt doch darauf an, was eine Mutter unter "Schaden" versteht. Mamsell Unnütz verstopft z.B. sämtliche Schlüssellocher mit Beeren aus dem Garten, noch dazu mit den hartnäckigen Ebereschenebeeren. Die Schlüssel hat sie vorsorglich abgezogen und verlegt. Für das Kind eine selbstverständliche Notwendigkeit. Für mütterliche Nerven natürlich eine harte Belastungsprobe und eine unangenehme Sache. Aber - erwächst daraus "Schaden"? Das Kind sammelt jedenfalls bei dieser Gelegenheit Erfahrungen und Erkenntnisse, etwas für seine charakterliche Entwicklung recht Heilsames. Oder Mamsell Unnütz sucht sich sämtliche Waschlappen aus den Schlafzimmern zusammen, um die bestaubten Gartensühle zu "scheuern". Die Lappen wetteifern an Schwärze mit den Kohlen. Aber - sind das "Schäden"? Das gleiche Kind holt sich aus der Credenz eine Vase, seinem angeborenen Schönheitssinn entsprechend eine ziemlich kostbare, um Gras hineinzustopfen. Dabei klirrt die Vase an und zerspringt. Für die Mutter eine ärgerliche Sache, aber "Schaden"? Was zerbrechlich ist, das ist ersetzbar. Unre Küchengeister zerschlagen oft Sachen von weit grösserem Werte, ohne sich Mühe zu geben, aus ihrer Unachtsamkeit zu lernen.

Jedes Kleinkind muss durch eine Kette von Momenten hindurch, die von den nervösen Erwachsenen als Gefahrenquellen angesprochen werden, ohne es immer zu sein. Ich möchte behaupten, dass für die Entwicklung des Kindes gewisse Vorkommnisse notwendig sind, dass allzu ängstliche Gefahrenabwehr ebenfalls als nützlich sein kann. Kein Kind wächst ohne blaue Flecke auf, und das muss so sein. Das spätere Leben teilt sie reichlich genug aus, und nur Erfahrung macht klug. Mir scheint - ich rede aus einer lebenslangen Erfahrung -, dass die meisten Mütter an sich und ohne Not nervös und überempfindlich ihren Kindern gegenüber sind, dass sie überall Gefahren sehen, wo absolut keine sind, dass sie ewig am Kinde schulmeistern und sich am Abend zu Tode erschöpft erklären, angesichts der vielen "dummen Streiche", die das lebenssprühende Kleinkind angerichtet haben soll.

Etwas ganz Anderes sind die Unbegreiflichkeiten, von Müttern verübt, die jahrein, jahraus Kindern das Leben kosten oder sie zum mindesten gesundheitlich schwer schädigen. Wer viel mit fremden Kindern zu tun hat, der kann bestätigen, was Leichtsinns und Gedankenlosigkeit an Kindern sündigen. Da liest man beispielsweise in der Presse von Unglücksfällen, verursacht durch Verbrühen mit heissem Wasser. Diese Unfälle sind geradezu feststehende Tageserscheinungen. Auf einem wunderbar schön gelegenen Waldfriedhofe fand ich mehrere Grabsteine mit der Inschrift: Unglücksfall durch Verbrühen. Es ist

der Friedhof eines kleinen Waschdorfes in Thüringen. Die Frauen waschen für die umliegenden Städte Weimar, Gotha u.a. die Herrschaftswäsche. In den angeführten Fällen setzen sie die Kleinkinder - - auf den Deckel des Waschkessels! Ein einziger kurzer Augenblick, zu schnell geschehen, als dass es verhütet werden könnte, und das Unglück ist geschehen. Wie häufig begegnen uns ältere Kinder, z.B. bei den Schuluntersuchungen, mit Brandwunden an Körperstellen, und man erhält die Antwort: meine Mutter hat mir aus Versehen heisses Wasser übergeschüttet, oder: ich habe mir als kleines Kind die Kanne oder den Topf mit heissem Kaffee gelangt; die Mutter hatte ihn auf den Tisch gestellt und war hinaus gegangen.

Also - nicht immer sind es Kinder, die einen Schaden anrichten als Ergebnis ihres Entdeckergeistes oder ihrer "Umtriebhaftigkeit". Viel mehr Schaden wird angerichtet durch unverzeihliche Unbedachtsamkeit und Gedankenlosigkeit der Mütter. Eine Vase kann wieder ersetzt werden, oder man verzichtet auf Neuerwerb; eine Decke kann gestopft werden, wenn das Kind sein Zerstörungswerk an ihr verübt hat. Aber nie kann eine Mutter es verantworten, durch eigene Schuld einem Kinde einen nicht wieder gut zu machenden Schaden zugefügt zu haben! Ein Kleinkind bleibt ja normalerweise kein Kleinkind. Durch das Stadium von "dummen Streichen" muss jedes Kind hindurch. Es wird daraus lernen. Es soll Erwachsene geben, die Zeit ihres Lebens "dumme Streiche" machen, ohne daraus die erforderlichen Nutzenwendungen zu ziehen.

Wer berufsmässig mit fremden Kindern umgeht, der muss an sich arbeiten und Kinderstreiche ertragen lernen, muss verlernen, allüberall Gefahren zu wittern, muss dem Kinde Ellenbogen- und Entwicklungsfreiheit zubilligen. Das Gleiche müssen die leiblichen Mütter lernen. Sie werden dabei die gewinnenden sein und ihren Tag glücklicher beschliessen.

Lydia Ruehland.

---

Die Reklamezeichnerin.<sup>x</sup>

---

SPD. Wenn die Zeichnerin am späten Nachmittage die rohe, abgenutzte Treppe hinaufsteigt nach ihrem möblierten Zimmer, ist sie Eroberin, die geht, eine Welt sich aufzuschliessen und zu erobern. Sie setzt sich an den grossen Zeischentisch am Fenster, nickt dem weiten, blauen Wasser zu, das hinter den letzten Mietkasernenmauern, Fabrikdächern und Werftgerüsten sich breitet; und geht an ihre Arbeit. Banale, fast lächerliche Aufträge gab man ihr mit. Ein Lichtbild zu zeichnen für eine Fabrik von Pflanzenfetten und Margarine, als Kinoreklame vor der Wochenschau vorzuführen, ein Plakat für den Westverkauf eines kleinen Warenhauses, einen bunten Rahmen für das Inserat einer Wochenendfahrt über die Ostsee, ein Lichtbild für den Katenrauchschinken eines Delikatessladens - ihre grauen Augen sind kalt und prüfend, wenn sie die Aufträge ausbreitet.

Sie isst ein wenig und denkt dabei, dass man eines Nachmittags das Stubenhocken aus den Muskeln rauspauken müsse in einer raschen Tennisstunde, wenn man erst das Geld zum Flickern der zerrissenen Schlägersaiten zusammen hätte. Dann setzt sie sich an ihre Arbeit. Ihre langen, aber derben Finger führen den Bleistift in angelernten Strichen, formen Buchstaben, Monogramme, krakliges Zeug. Sie wischt weg; der schlanke Jungenkörper zieht sich zusammen wie eine lauernde Katze; der Stift wird eigenwillig, biegt die in der Kunstgewerbeschule erlernten Striche nach Befehlen, die die schmale, gebogene Stirn gebiert. Die langen, dunklen Wimpern decken das Auge ab gegen die Aufdringlichkeit der hässlichen bunten Tapete, der billigen Kiefernholzmöbel. Nicht mehr Margarine, sondern glutrote Striche, wie sie die Sonne in Palmenländern zieht, nicht mehr

Pflanzenfette, sondern die blauschwarzen Schatten fruchtträchtiger Kokospalmen, nicht mehr Handel, Firma, Reklame, sondern sieghafte Buchstaben denkt ihr Hirn, sieghafte, lockende Buchstaben, die da triumphierten: Für Dich, Europa, das alles!

Ein Schiff zieht draussen, auf der blauen Wasserfläche jenseits von Stadt und Hafen, seinen Weg. Eine Sirene heult auf: Platz da für neue Fracht! Die graublauen Augen sinnen in das Gemäuer vor dem Fenster, rufen Schiff und Ladung zu Hilfe, senken sich wieder auf das Papier, stossen die Hände zu neuen Formen neuem Farbenspiel. Eine Fabrikpfeife heult auf: Feierabend. Aber die Hände greifen einen neuen Bogen. Jetzt, jetzt wühlen die Frauen aus den Kontoren, aus den Fabriken, in Tuchen und Stoffen, Gehirne vergleichen Preise und Barschaft, Gedanken spielen um ein neues Kleid, sehen das Kind in neuen Spielhöschen auf der Sandplatze sich tummeln. Reste will er verkaufen? Die Augen sinnen und suchen, die Hände ziehen und wischen, zaubern Stoffballen, die vom Himmel regnen luftige Chiffons, die wie bunte Blätter herniedergaukeln, schwerde Corde, die darauf drängen, den starken Schritt der täglichen Arbeit zu umhüllen. Preise flattern herzu, lustige Figuren, die dem fröhlichen Bauschen der Stoffe gigerlhaft nachsteigen... Uebrigens sollte auch sie, die Zeichnerin, sich die Reste ansehen; sie könnte schon etwas gebrauchen...

Dämmerung im Zimmer. Grau in Grau verfliessen in der Ferne Himmel und Meer. Blausamten wischt der hereinbrechende Abend Brandmauern und Fabrikdächer aus, bleibt stehen wie der wallende Vorhang zu einer geruhigen Welt, die sich ankündigt durch Lichter, die hier, die da aufleuchten. Ein weisser Strich, perlengeträufelt von den leuchtenden Kajüttfenstern, biegt das Bäckerschiff aus dem Dunkel in den Hafen ein. Die durstigen Augen trinken das Bild, entzünden die Sehnsucht nach Weite, Reisen, Alltagsflucht. Die Hände stricheln, tuschen und zeichnen. Unter dem grünen Lampenschirm prallt das Licht auf das weisse Papier. Unter den langen, schweren Wimpern funkeln die Augen drängend und zwingend zum werdenden Bilde. Stunde auf Stunde verrinnt.

Fertig. Die Zeichnerin lehnt sich zurück, dehnt und streckt den müdegekrampften Körper. Breitet die Arme in Erfüllung und Siegerfreude. Lässt sie müde, wohligh matt in den Schoss sinken. Feierabend.

+ + +  
Wenn die Zeichnerin am frühen Vormittag die grossmüulige Halle des Bürohauses betritt, wenn sie einsteigt in den nüchternen, kalt und gleichmütig wandelnden Paternoster, ist sie eine der vielen, die nervös und besorgt zu den Kontoren aufsteigen. Sie sitzt demütig im Wartezimmer der Propaganda A.G.. In ihrem billigen blauen Mantel, mit dem gestrickten Mützchen, mit der vollen Mappe unter dem Arme sitzt sie da und wartet geduldig, bis sich die Doppeltüren des Chefs für sie öffnen. Ihr Hirn rechnet und fürchtet. Was geschieht, wenn ihre Zeichnungen als unbrauchbar zurückgewiesen werden, keine neuen Aufträge für sie da sind? Hineingerufen, steht sie, ein schwächtiger, schmaler Strich, vor dem wuchtigen Manneskörper hinter dem massigen Schreibtisch. Ueber ihre Zeichenblätter wölkt der Rauch der schweren Zigarre achtlos hinweg. Sie errötet wie ein Schuljunge bei einer unerwartet guten Zensur, wenn die Stimme des Direktors knurrt: "Brauchbar", und die Finger mit dem Siegelringe die Kassenanweisung zeichnen. Er sieht nicht die freudige Dankbarkeit in ihren Augen, das schnelle Atmen der kleinen, runden Brüste; er hat anderes zu denken. Sein Blick stellt "Brauchbarkeit" fest, seine Stimme gibt durch das Telefon die Anweisung für neue Aufträge, aber seine Gedanken sind längst bei fälligen Wechseln, Kassenkrediten, bei der Konferenz um das neue Reklamefilmverfahren.

"Können Sie Trickfilme zeichnen?"

Wahrhaftig, sie knixt. Er muss lächeln. Seine Stimme wird väterlich, gönnerhaft. "Werde nächstens drauf zurückkommen." Sein Gehirn ist längst bei dem neuen Vertrage mit der Littfasshulengesellschaft, der morgen abgeschlossen werden soll, überschlägt, wieviel er für die Giebelwand des neuen Hafenspeichers Pachtgeld bieten könnte, überlegt, wie man wohl das abgesprungene Warenhaus

der Nachbarstadt wiedergewinnen könnte. Ihren Abschiedsgruss überhört er ganz. Aber wenn die Zeichnerin dann mit den neuen Aufträgen in der Mappe am späten Nachmittage die rohe, abgenutzte Treppe hinaufsteigt nach ihrem möblierten Zimmer, ist sie Eroberin, die geht, eine Welt sich aufzuschliessen und zu formen. Und die arbeitslosen Kolleginnen vom Winterkurses der Kunstgewerbeschule, die auf ihrem Wege, der sie durch die Altstadt führt, hoffnungslos romantische Ecken pinseln, sehen ihr neidisch nach.

P.H. Haupt.

---

Kleines Erlebnis.<sup>x</sup>

---

SPD. Das grosse Bürohaus ist ein hoher, steinerner Kasten. Ein Block aus Stahl und Beton, der aus dem Gewimmel der übrigen Häuser emporwächst. Am Abend strahlen von seinem Dache rote und weisse Leuchtbuchstaben und werfen ihr grelles Licht in die Augen der Menschen tief unten auf den Strassen. In die Augen der Menschen, die stolz darauf sind, dass solche Häuser in ihrer Stadt die Strassen einkerkeren.

Am Tage ist das Haus voll von Menschen, von Lärm, Unruhe und Geschäftigkeit. In den kalten, blanken Zimmern der Büros sitzen viele hundert Mädchen. Edith ist eine davon. Ihre Finger schlagen den ganzen Tag auf die Tasten der Schreibmaschine. Den ganzen Tag, die ganze Woche, ein ganzes Jahr lang. Sie ist erst 21 Jahre alt. Aber am Abend, wenn sie mit den vielen andern nach der Untergrundbahn läuft und dann in dem überfüllten Wagen nach Hause fährt, ist ihr Gesicht schmal und blass. Es ist alt. Ihre Hände zittern; der Mund presst sich fest zusammen.

Edith hat einen Kummer. Vielleicht ist es ein grosser Kummer, vielleicht auch nur ein kleiner, der nicht lange anhält, mit dem man bald fertig wird. Aber sie sagt so wenig; sie mag garnichts von ihm erzählen. Mittags, wenn die Mädchen von ihren Maschinen aufstehen und in die Kantine essen gehen, plaudern sie miteinander. Von den vielen kleinen Ereignissen ihres Lebens, das so schnell vergeht hinter den Maschinen. Da fällt es auf, dass Edith so still ist. Dann fragt mal die eine oder andere, aber Edith will nicht mit der Sprache heraus. Sie sagt nur: "Ach, was soll denn sein? Nichts ist..." Dann sieht sie vor sich hin, geradeaus, auf irgendeinen Punkt, und isst schweigend weiter.

Edith denkt für sich: Er hat längst eine andere! - Im vorigen Sommer hat sie einen Freund gehabt. Sie sind Sonntags zusammen auf der Havel gefahren mit ihrem Boot. Den ganzen Tag. Abends kamen sie mit dem letzten Stadtbahnzuge zurück. In der Woche stand er oft unten an der Untergrundbahn und wartete auf sie. Dann gingen sie in ein Kinko oder in ein kleines Café, wie es die Liebespaare in dieser Stadt tun. Darüber ist der Sommer so schnell vergangen - und nun ist der Freund fort, in eine andere Stadt übergesiedelt. Er wollte oft schreiben, hatte er versprochen, aber nun kommt nur dann und wann ein Brief. Er schreibt von seiner Arbeit, von der fremden Stadt, von einem Buche, und seine Worte werden immer sachlicher. Edith fühlt, sie werden immer gleichgültiger. Er denkt immer weniger an sie.

Aber Edith fehlt etwas. Es ist auf einmal eine Lücke in ihrem Leben, und diese Lücke tut weh. Niemand wartet mehr an der Untergrundbahn auf sie. Niemand pfeift am Sonntagmorgen vor ihrem Hause. Niemand fährt zärtlich über ihr Haar. Ach, es ist nicht mehr schon in der fremden, grossen Stadt. Es ist nicht mehr schön in dem grossen Hause, das sie jeden Morgen mit vielen hundert andern aufschluckt. Aber das Leben fragt nicht danach, ob es schön ist - es geht weiter. Die Wochen verrinnen, die Monate. Es wird Winter. Und dann kommt überhaupt kein Brief mehr. Edith wartet von einem Tage zum andern. Umsonst.

Es kommt kein Brief mehr. Es ist aus. Man darf nicht mehr daran denken. Man muss aber daran denken. Da steckt etwas in einem, das sich mit solchen Tatsachen nicht abfinden kann, sich nicht zufrieden gibt.

Es ist Abends in der siebenten Stunde. Die letzte Post muss heraus. Aus allen Zimmern ertönt das Geklapper der Schreibmaschinen wie Schnellfeuer. Die Finger der Mädchen rasen über die Tasten. Kaum haben sie die Augen vom Stenogrammblock. Edith sitzt an ihrer Maschine. Sie hat eben den letzten Brief heruntergetippt. Es ist auf einmal so heiss im Zimmer. Eine Luft zum Ersticken. Edith schlägt den Vorhang beiseite, um das Fenster zu öffnen. Die kühle Abendluft strömt herein. Draussen liegt der Himmel, vom glutroten Widerschein der Millionen Lichter übergossen. Grellblaue Lichtreklamen schwimmen in der Ferne über den Dächern, als hingen sie in der Luft. Hinter ihnen steht dünn und blass der Mond. Eine helle, bleiche Scheibe. Es sieht aus, als hätte er garnichts zu suchen an diesem unruhigen Grosstadthimmel, an dem das Licht auf und nieder zuckt. Der alle, alle Unrast der Menschen getreulich widerspiegelt.

Edith schlägt den Vorhang zurück. Sie ist ganz benommen von diesem Anblick. Sie fühlt sich auf einmal so allein, so hilflos allein in dieser grossen Stadt, die nicht ihre Heimat ist, und ihr Kummer wird so gross, fast zu gross; sie weiss garnicht, wohin sie mit ihm soll. Und sie hat ein wenig Furcht vor dem kleinen möblierten Zimmer, in dem sie den Abend allein versitzen muss.

Die andern sind unterdessen fertig geworden und rüsten zum Heimweg. Edith denkt: die haben es gut; die haben alle einen Freund und sind nicht allein. Aber während sie noch eben daran denkt, überkommt sie plötzlich eine kleine Hoffnung. Eine Hoffnung, dass es auch mit ihr einmal anders werden wird. Vielleicht bald, vielleicht später. Nein, denkt sie, man darf sich nur nicht unterkriegen lassen. Einmal geht es im Leben bergunter, aber dann geht es auch wieder bergauf. Es wechselt ab. Und sie stülpt erleichtert die Schutzhaube über die Maschine...

A.P.

---

### Die Freundin Friedrich Hebbels.<sup>x</sup>

---

SPD. Friedrich Hebbel, der Schöpfer der "Judith", der "Maria Magdalene", der "Gyges"-Tragödie und anderer bedeutender Werke, war bekanntlich der Sohn eines Maurers und in den dürftigsten Verhältnissen aufgewachsen. Bis zu seiner Heirat mit der Schauspielerin Christine Enghaus, d.h. bis zu seinem 33. Lebensjahre, hatte er stets mit der Not zu kämpfen. In Hamburg, wo er vom Februar 1835 bis zum März 1836 und dann vom März 1839 bis zum November 1842 lebte, wäre er zugrunde gegangen, wenn ihm nicht eine Frau geholfen hätte, deren Name in der Geschichte der deutschen Dichtung mit goldenen Lettern aufgezeichnet ist: Elise Lensing.

Unsre Kenntnis von Elises Leben und Wesen ist neuerdings bedeutend erweitert worden durch eine Veröffentlichung Rudolf Kardels, des Archivars am Hebbel-Museum in Hebbels Geburtsort Wesselburen. Kardel hat unlängst Elises Briefe an Friedrich und Christine Hebbel herausgegeben. Es sind 50 ziemlich umfangreiche Schreiben aus den Jahren 1848 bis 1854.

Ueber Elises Leben bis zu ihrer Bekanntschaft mit Hebbel wissen wir merkwürdig wenig. Sie wurde am 14. Oktober 1804 als Tochter eines Chirurgen in Lenzen a.d. Elbe geboren, war also 9 Jahre älter als Hebbel. Ihr Vater starb im Wahnsinn; die Mutter heiratete 1816 den Schiffer Ziese in Hamburg. Dass Elise Lehrerin gewesen sei, wie man früher annahm, ist wenig wahrscheinlich:

ihre Briefe strotzten von grammatischen und orthographischen Fehlern. Aber sie hatte zweifellos eine leidliche Bildung und besass viel Mutterwitz und viel Einfühlungsvermögen. Ehrabschneider haben behauptet, sie sei die Geliebte eines reichen Mannes gewesen. Die Wahrheit ist, dass sie mit jener Tapferkeit, die oft den Armen eigen ist, alles Mögliche zur Erhaltung ihrer Existenz versucht hat. So hat sie anscheinend zeitweise einen Tabaksladen gehabt; zu ändern Zeiten hat sie sich durch Schneiderei ihren Lebensunterhalt verdient.

Als Hebbel 1835 aus dem holsteinischen Markt Flecken Wesselburen nach Hamburg kam, mietete er sich bei Elises Stiefvater, dem Schiffer Ziese, ein. So lernte er die damals Dreissigjährige kennen, und sie, ungewöhnlich liebebedürftig, hängte ihr Herz an den jungen Menschen, der sich zunächst in der grossen Stadt schwer zurecht fand. Hebbel hat Elise gegenüber nie ein Hehl daraus gemacht, dass er sie nicht liebe, und dass sie sich auf eine Trennung von ihm gefasst machen müsse. Als er nun 1846, aller Mittel entblösst und an seiner Zukunft verzweifelnd, die Schauspielerin Christine Enghaus heiratet, da ist Elise ausser sich und behauptet, eine Ehe mit einer Schauspielerin habe noch niemals zum Guten geführt. "Dem Schmerz ist viel zu verzeihen", schreibt Hebbel an den Verleger Julius Campe, "und ich bin bereit, alles stillschweigend zu ertragen, was ich ertragen darf".

Das klingt ganz gut; und man ist zunächst geneigt, Hebbel Recht zu geben. Und doch bleibt ein Rest. Hebbel hat Elise, die ihm zwei Kinder geboren hatte, nach seiner Heirat sehr schröff behandelt, die gleiche Elise, die ihm in den Jahren bitterster Not treulich beigegeben und sich für ihn aufgeopfert hatte, die gleiche Elise, der er glühende Briefe geschrieben hatte, Briefe, die Zeugnis ablegen von einer innigen Seelengemeinschaft.

Christine Enghaus, die Gattin Hebbels, wart zartfühlender und dankbarer. Als der zweite Sohn Elisens gestorben war, rief sie die verzweifelnde Mutter nach Wien und nahm sie gastfrei in ihrem Hause auf. Ueber ein Jahr dauerte die Gemeinschaft der drei Menschen. Elise gewann Christine lieb und musste sich gestehen, dass sie der Schauspielerin Unrecht getan hatte, und dass diese die rechte Frau für den Dichter war.

Als Elise nach Hamburg zurückkehrte, nahm sie Christines siebenjährigen Sohn Karl mit. (Christine hatte vor ihrer Ehe ein Liebesverhältnis mit einem Manne gehabt, der ihrer unwürdig gewesen war.)

Hier setzen nun die neu herausgegebenen Briefe ein. Sie schildern, was wir bereits ahnten, aber bisher nicht beweisen konnten: das Leben einer kranken Proletarierin, die dazu verurteilt ist, über ihre Kräfte zu arbeiten. Was ihr Hebbel schickte, war nicht viel. Und der Respekt vor dem begnadeten Dichter darf nicht dazu verführen, die Wahrheit zu verschweigen, dass nämlich Hebbel für Elise hätte mehr tun können. Am 22. Januar 1851 schreibt Elise an Christine: "Wenn Hebbel auf keine Weise mit eine Zulage machen will, so mag ich dazu nichts sagen, er hat das mit seinem Gewissen abzumachen. Du, gute Tiene, kannst ihm deshalb nicht zürnen; denn er spart für Dich und Deine Kinder".

An einer Stelle in Elisens Briefen heisst es: "Bei Gott, damit manche ledig gehen, müssen die Armen doppelt tragen!" Sie selber musste sogar dreifach tragen: Armut, Einsamkeit, Krankheit. Die letzten Jahre ihres Lebens wurden ihr durch ein Lungenleiden verbittert, und obwohl sie der Schonung bedürft hätte, musste sie weiter schwer arbeiten.

Dass Elise von den philiströsen und selbstgerechten Hamburgern über die Achsel angesehen wurde, versteht sich von selbst. Es mutet wie ein Echo von Heinrich Heines zornigen Verdammungsworten über die Krämerseelen Hamburgs an, wenn sie sagt, die meisten Männer der an sich wunderschönen Stadt kämen ihr wie Geldstücke vor, die man auf Reisen geschickt habe.

Hebbels Benehmen gegen diese edle, opferwillige Seele ist nicht zu entschuldigen. Nicht nur, dass er selten an sie schreibt: er begegnet ihr auch

bei den paar Besuchern, die er ihr abstattet, unfreundlich und barsch. Freilich war er überhaupt ein unausgeglichener, unbeherrschter Mensch, unter dessen Launen und Tobsuchtsanfällen auch Christine zu leiden hatte. Desto herzlicher war Elises Verhältnis zu der Gattin des Dichters, die eine ausserordentlich feinfühligere Frau gewesen sein muss.

Hebbels Stiefsohn Karl war bei Elise aufs beste aufgehoben. "Er ist es ja allein", schreibt sie einmal, "auf den ich meine Sorgfalt, Mühe und Liebe verwende. Weiter steht mir nichts zur Seite; denn ich habe weiter nichts auf der Welt". Doch noch ein zweites Wesen hielt treu zu ihr. Das war ihre betagte Mutter. Sie brachte der kranken Tochter ihre letzten Ersparnisse, um ihr die Sorgen zu erleichtern. "Mutter gibt ihr Herzblut für mich", schreibt Elise.

Am 18. November 1854 hatte die Dulderin ausgelitten. Sie wurde auf dem St. Georger Friedhof mit sieben andern Armen begraben. Die Frau, die im Leben des grossen Dichters Hebbel so viel bedeutet hatte, erhielt ein Armengrab. So geht es in dieser besten aller Welten zu. An Elise bewahrheiteten sich ihre eigenen Worte: "Man sagt: Augenblicke im Leben sind peinigend - das ganze Leben aber sei ein Segen. Viele Menschen können es umdrehen und sagen: Das ganze Leben war eine Pein".

Karl Quenzel.

---

#### Rassenschande.<sup>x</sup>

---

SPD. Strandanzüge sind in der Badesaison dieses Sommers die grosse Mode. So auch in Ahrenshoop in Pommern, von wo der folgende ergötzliche Vorfall berichtet wird:

Eine Dame ging im Strandanzuge durch den Ort. Da pflanzte sich plötzlich vor ihr ein klapperdürres Weib mit langem Rock und hochgeschlossenen Kragen auf und sprach: "Deutsche Frau! Schämst du dich nicht, in Hosen herumzulaufen?" Die also Angesprochene erwiderte: "Meinen Sie mich? Dann sind Sie an die falsche Adresse geraten. Ich heisse Sarah Veitelbaum und stamme aus Lemberg."

Aber auch zwei rein arischen, hochblonden, hochrassigen Damen erging es nicht besser. Die sahen im benachbarten Althagen ein Schild hängen, auf dem geschrieben stand: "Frischer Salat". Die beiden hochblonden Arierinnen gingen in das Haus. In Strandanzügen. Da erschien eine vollbusige Frau. "Wir möchten gern etwas Salat", sagten die Beiden. Die vollbusige Frau aber tat einen Schrei. Und brüllte: "Ihr Dreck! Ihr Judenbande! Gehnse runter von meinem Grundstück! Das ist heiliger Boden! Ich verkaufe nicht die Früchte meines Feldes an Judendreck in Hosen! Raus! Oder ich hetze unsern Wotan auf euch."

Das Schönste dabei ist jedoch, dass die beiden Damen begeisterte Anhängerinnen Hitlers sind und auch mit trutzigen Nazis verheiratet sind. Unser Mitgefühl ist ihnen gewiss.

Ekkeim.

---

SPD. Die Juden in England.<sup>x</sup> Vom 14. bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts hinein lebten in England keine Juden. Sie wurden unter Eduard dem Ersten 1290 aus England vertrieben und erst unter Cromwell im 17. Jahrhundert wieder zugelassen. Man hat sich bei diesem Sachverhalt gefragt, wo Shakespeare das Modell zu seinem Juden Shylock im "Kaufmann von Venedig" gefunden habe, und hat gemeint, daraus auf eine italienische Reise Shakespeares schliessen zu können, die man auch aus andern Gründen vermutet hat.

---

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 25. Juli 1932.

## Die Lüge der Sippe.<sup>x</sup>

Von Dr. C. P. van Rossem.

SPD. Als ich vor einiger Zeit die "Affäre Dreyfus" im Kino sah, tauchten alte persönliche Erinnerungen aus der Vergessenheit auf... Es war 1912, als ich eines Abends bei einer französischen Familie in Paris zum Essen eingeladen wurde. Das Milieu? Boulevard St. Germain, nach einer stillen Strasse des Quartier Franz I. verpflanzt. Kein Reichtum, keine Armut, aber ewig "ein wenig zu wenig". Geistige Atmosphäre: "Vive le roi de France! A bas les juifs!" (Es lebe der König von Frankreich! Nieder mit den Juden!) Als wir im Salon standen, kam ein kleines Männchen herein, von einer majestätischen Dame begleitet. "Darf ich Ihnen vorstellen: Madame Mercier et le général Mercier...!" Mit grossen Augen verschlang ich "le général". Der General Mercier! Etwas erregende und anrühliche Geschichte. Kriegsminister während der Affäre Dreyfus, Komplottschmied, Beschützer Esterhazys, Verdunkler der Wahrheit und des Rechts der Verblendete, der immer nur die gleiche Phrase auf den Lippen hatte: "Vive L'Armée!" Wir gingen zu Tisch, er an der Seite seiner majestätischen Madame Mercier, die in einem Durcheinander von Französisch und Englisch Konversation machte. O, Madame Mercier, nie werde ich den Augenblick vergessen, als Sie mir zufügten: "Ah, Monsieur ist Holländer! So, so... Dann ist Ihre Hauptstadt ja Kopenhagen!" Ich weiss nicht, was ich zur Antwort gab, aber ich glaube nicht, dass es liebenswürdig war. Und da sass "le Général Mercier"...! Vortrefflich konserviert, Schnurrbart à la Gravelotte, unterhaltender Plauderer und reich an Bonmots und Anekdoten. Alles brannte in mir, den Namen Dreyfuss auf den Tisch zu werfen. Einst war ich ein leidenschaftlicher Dreyfus-Anhänger gewesen, und hier sass der Mann, den ich immer aus vollem Herzen verabscheut hatte. Doch der Name Dreyfus kam nicht auf den Tisch; er schwebte nicht einmal um die Henry Clay und den Martel; er wurde vergessen, beiseite geschoben durch die Begebenheiten des Tages.

Erst später am Abend - nach Verabschiedung von Madame Mercier und dem General - erschien Dreyfus auf der Bildfläche. Geschah es, um uns Ausländer auf die Probe zu stellen, uns über unsere Ueberzeugungen auszuhorchen, - jedenfalls sassen wir unvermutet in einer Atmosphäre tiefenden Hasses. "Le sale juif! Le traître! Gouvernement de salauds!" (Schmieriger Jude! Verräter! Regierung von schmutzfinken!) - und so weiter. Stumm vor Erstaunen hörte ich mir das alles an. Ich glaubte, der Fall Dreyfus sei ein für allemal erledigt, abgeurteilt, dass niemand mehr an der Unschuld des Opfers zweifelte. Hatte es nicht ein letztes, höchstinstanzliches Urteil gegeben; waren Dreyfus und Picquart nicht öffentlich rehabilitiert worden? Doch hier, im Quartier Franz I. hatte die öffentliche Meinung der ganzen Welt vor den konservativen Mauern haltgemacht; in diesem Salon war General Mercier die letzte der wertvollen Grössen, Esterhazy ein schneidiger Held, Zola ein Schuft, Picquart ein von Juden Gekaufter, Dreyfus Verräter der Verräter. Wird der Mensch älter, so weiss er, dass es geistige Atmosphären gibt, die stumpfsinnig ummauert bleiben; er verweilt ein wenig, zuckt die Achseln und verliert weiter kein Wort. Doch im Jahre 1912 war ich sehr jung, und ich verfeuerte viele nutzlose Worte. Ich will nicht sagen, dass infolge meiner Aufsässigkeit eine Bombe platzte; ich fühlte nur jene abscheuliche Leere, die durch vollkommenes Stillschweigen

geschaffen wird. Ich war gefallen; ich war ein "four", ein Unmöglicher.

Der Zufall brachte mich später mit den beiden Söhnen des Generals Mercier, zwei tüchtigen Kürassieren, in Verbindung. Sie dienten, wenn ich mich nicht irre, damals in Le Havre, kamen aber häufig nach Paris. Eines Abends, in einem Nachtrestaurant des Montmartre, sass der jüngste am Tische unsres Gastherrn. Er wurde gefeiert, und man trank ihm zu. Da ging der Vorhang hoch zu einem Akte der "Affäre", dem Akt einer stillen Tragödie, einem Drama, das ich nie vermutet hätte. Die beiden Merciers fochten damals Duell auf Duell aus, um die Ehre ihres Vaters zu retten. Glaubten sie selber an diese unbefleckte Ehre, die Aufrichtigkeit des Exministers, die Gerechtigkeit seiner Sache? Persönlich erschienen sie mir viel zu klarsichtig, als dass sie nicht wüssten, wo die Wahrheit war; im Jahre 1912 war das Heer überwiegend pro-Dreyfus, und auf "L'Affaire" schien das volle Licht. Doch sie waren die Söhne des Vaters; sie kämpften für die Unversehrtheit der Familie, für die Lüge der Sippe. Und an jenem Abend wurde der Held gefeiert, der zum soundsovielten Male den Degen gekreuzt hatte mit den Verteidigern der Juden, der verfaulten Republik und des aussätzigen Verräters...

Wir schreiben 1932. Geheimdokumente aus den deutschen Archiven haben die Unschuld des Bagnosträflings Dreyfus unumstösslich bewiesen. In der stillen Strasse des Quartier Francois Premier wird man die Achsel zucken: "Boches, Juden und Dreyfus... alles dasselbe!"

(Uebertragung aus dem Niederländischen von Harro Essingh.)

-----  
Der Wasserschöpfer:<sup>X</sup>

-----  
Von W. Schischkoff.

SPD. Prächtig in Gold und Purpur geht die Sonne unter. Wundervoll der Sommerabend - und nur ein einziger Wasserschöpfer! Für die ganze Belegschaft der grossen Eisenbahnstation. Zum Teufel! Von zehn nur einer übrig geblieben, alle andern gestohlen! Ist das ein Volk!

Auf der Pritsche seift sich gemächlich der Holzsäger Ichmatoff mit einem dreipfundigen Seifenwürfel. In der Ecke wartet der Techniker Borissoff, ein bleichhäutiger Hüne, ungeduldig auf das Freiwerden des Schöpfers. "Wird's bald", fragt er. "Was seifst Du Dich stundenlang?"

"Wozu soll ich mich beeilen", entgegnet der Holzsäger gemütlich.

"Es ist gewissenlos, Andre warten zu lassen. Ich warte seit Stunden."

"So wart' nicht, wenn Du nicht kannst! Ich spucke drauf."

"Hättest wenigstens die Seife durchschneiden können. So'n Kloben!"

"Wozu? Ich wasch' mich schon das dritte Jahr mit dem Stück."

"Wassili, Freundchen", verlegt sich der Techniker aufs Bitten, "ich hab's sehr eilig. Hab' meiner Braut versprochen, mich um 9 Uhr mit ihr zu treffen, und nun ist's bald zehn."

"Mir wurscht. Deine Braut ist jung. Mag sie wachsen, solange ich mich wasche!"

"Ich bitte Dich, Wassili, beeile Dich!"

"Wozu? Ich habe mein Weib sicher. Ist ein Prachtweib. Nun werde ich mich erst mit den Weidenruten bearbeiten, und dann seife ich mich noch mal tüchtig ab - das tut gut."

"Wassili", schreit der Techniker wutentbrannt, "ich verschaff' Dir eine gute Stellung, wenn Du mir jetzt den Schöpfer überlässt."

"Hier ist er. Wasch Dich ruhig! Ich hab von jeher die Obrigkeit geachtet. Und der Holzsäger verschwindet im Vorraum. Der Techniker streckt die Hand nach dem Schöpfer aus. Da fühlt er seine Rechte gepackt. "Halt, halt, mach

keine Dummheiten! Das ist nicht erlaubt!" Ein zwerghafter Greis steht da in Joppe und Schafftstiefeln, der Badstubenwächter Philipp.

"Weshalb ist es nicht erlaubt?"

"Deshalb! Der Schöpfer ist für die Arbeiter bestimmt."

"Ich bin aber auch bei der Eisenbahn angestellt."

"Wenn auch. Bist ein Techniker, ein Herrensöhnchen. Unser Pope, Vater Panfil, fährt auch Eisenbahn. Sollte mir einfallen, ihm den Schöpfer zu geben!"

Da betritt der Erdarbeiter Nefedeff den Waschraum. "Der da hat ein Anrecht drauf", triumphiert der Wächter. "Hier hast Du, Nefedeff, wasch Dich!"

Der Techniker setzt sich geduldig, wartet.

Nefedeff ist rasch abgeseift, spült sich ab, geht hinaus. Der Techniker greift nach dem Wasserschöpfer. Flugs ist der Wächter neben ihm: "Nichts da - der Wasserschöpfer ist für die Arbeiter!" Der Techniker entreisst ihm den Schöpfer. Blitzschnell öffnet er den Dampfhaahn. Der Dampf verhüllt Wände und Decke. Der Alte rennt in den Vorraum. Nach einer Sekunde ist er wieder da, nackt. Ueber und über eingeseift hockt der Techniker hoch oben auf der Pritsche. Die Seife beisst ihn in die Augen. Er kneift sie zusammen. Ächzend und prustend klettert der Wächter hoch, packt den Wasserschöpfer, springt herab: "Den Schöpfer kriegst Du nicht." Wieder entreisst ihm der Techniker den Schöpfer. "Ha, Teufel!" springt der Alte hoch. "Mich bei lebendigem Leibe zu verbrühen!" Dem dampfenden Techniker fährt der schmutzige Besen an den Rücken. Der Techniker lässt den Schöpfer fahren, packt den Alten beim Barte. Der flüchtet in den Vorraum, faucht, flucht. Plötzlich schreit er wild: "Zu Hilfe!" Vom Fenster herab springt ein Bursche auf die Strasse. "Zu Hilfe, die Arbeitskleidung... gestohlen... das Luder dort... haltet ihn, haltet ihn!"

Nackt, wie er ist, springt der Alte zum Fenster hinaus. Den Techniker lockt der Schrei in den Vorraum. Ein Blick zur Wand hin ... der Nagel ist leer Herrgott ... die Uhr... die Weste ..... die Hose! Mit eingeseiftem Kopfe stürmt er die Strasse entlang, vor ihm her, halb von Sinnen, dernackte Wächter: "Haltet ihn haltet ihn!" Doch leer bleibt das Gässchen. Hier und da nur stecken sich Köpfe zum Fenster heraus, schlagen Gartenpforten auf, kläfft lässig ein Hund. Eine steinalte Betschwester trägt andachtsvoll ihr Fläschchen geweihten Oeles heim. "Haltet ihn!" erschallt es plötzlich dicht vor ihr, und schon verliert sie das Gleichgewicht. Ausser Atem rennt der Wächter weiter "Der Teufel, das war der Teufel!" kreischt das gottgefällige Weiblein und murmelt ein Gebet.

Die Braut des Technikers wird des Wartens auf den Geliebten überdrüssig. Heimlich, hinter Mutters Rücken, geht sie ihm entgegen. Klein, jung, anmutig, wiegt sie sich in süsser Erwartung der bevorstehenden Begegnung mit ihrem Waldemar. Da - sie rettet sich seitwärts vor dem nackten Alten. Schwer atmend stürzt eine hoch aufgeschossene Gestalt an ihr vorbei. Unser Fräulein fasst sie schärfer ins Auge, kreischt auf und sinkt ohnmächtig in den Staub.

Der alten Betschwester bleibt drei Tage lang die Sprache weg. Sie vermag nur mit dem Kopfe zu nicken. Am vierten Tage stammelt sie: "Der Teufel ... der Teufel!"

Unserm Fräulein bleibt es nicht verborgen, dass der lange Nackte ihr Waldemar gewesen. Kurz entschlossen kündigt sie ihm für immer Hand und Herz. Der Unglückliche verwünscht den Wasserschöpfer, die Obrigkeit, den Wächter Philipp. Er ist trostlos. Vergebens sind alle seine Bemühungen, die Braut umzustimmen. Errötend flüstert sie immer wieder: "Nein, so etwas! Ganz nackt ... ach, ach, wie furchtbar!" Ihr Puppengesicht spiegelt Verwunderung und Entsetzen.

Die Obrigkeit aber beschliesst gnädigst, dem Techniker Borissoff als Belohnung für seinen Diensteifer und für den erlittenen Schaden ein halbes

Monatsgehalt als Gratifikation auszuzahlen und 15 neue Wasserschöpfer anzuschaffen zur gleichberechtigten Benutzung für die Arbeiter wie für die "Herrnsöhnchen". Der Wächter Philipp wird von Staats wegen mit einer neuen Hose, einem Hemd und einem tüchtigen Verweis bedacht und zum Badstubenheizer degradiert.

(Aus dem Russischen übertragen von Wanda Waldenburg.)

-----  
Ein Ausflug von Madrid.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Es gehört zu den vielen Märchen, die man vor einer spanischen Reise zu hören bekommt, dass man in Madrid schon von Mai ab vor Hitze umkomme, und es gehört wohl zu den gleichen Märchen, dass man von Madrid aus keine lohnenden Ausflüge machen könne. Was die Witterung betrifft - und ich glaube nicht, dass der politische Umsturz eine Verschiebung der klimatischen Verhältnisse bedingt hat -, so gibt es hier höchstens einzelne heisse Tage, ja, vielleicht sogar nur heisse Stunden, denn die Witterungsumschläge treten so schnell und unverhofft ein, dass man eher darunter leidet, weil einem zwei oder drei Mal am Tage zu heiss oder zu kalt ist, eine Erscheinung, die jedenfalls leichter zu ertragen ist als jene tropische Hitze, auf die man mich hingewiesen hatte. Was aber die Ausflüge von Madrid aus anbelangt, so kann man, ausser dem herrlichen, über 2000 Meter hohen Gebirge der Sierra de Guaderrama, eine ganze Anzahl höchst sehenswerter Ortschaften in einer Entfernung von nicht mehr als 120 Kilometern von Madrid aufsuchen, so Toledo, Escorial, Avilla, Aranjuez Segovia, Alcala de Herrera und andere mehr. Der politische Umsturz hat überdies zu einer Vermehrung der Ausflugsmöglichkeiten beigetragen, denn viele Besitztümer und Schlösser, die früher gar nicht oder nur selten zugänglich gewesen sind, stehen heute dem Publikum frei.

Wird man von liebenswürdigen spanischen Freunden und Autobesitzern auf eine Spazierfahrt in die Berge mitgenommen, so hat man gleich Gelegenheit, festzustellen, was für grosse, ja, riesige Gebiete dem einstigen König gehört haben. Da ist zunächst ganz nahe bei Madrid, nur 14 Kilometer entfernt, der PARDO, ein riesiger, an die 100 Kilometer umfassender Park aus Steineichen, indem sich das königliche Schloss befindet, das wie alle spanischen Schlösser eine bewegte Vergangenheit hat, und das zuletzt einen hohen Gast beherbergte: die Kaiserin Zita von Habsburg, nachdem ihr Gatte auf Madeira gestorben war. Dieses Schloss ist wohl am meisten durch seine Teppichsammlung sehenswert. Einige Minuten davon entfernt liegt ein kleines Schmuckstück von einem Schlosschen, die Casita del Principe, wo die königlichen Herrschaften sich von der Last der Regierung und von der strengen Hofetikette erholten. Aber am schönsten ist der Park selber, der, wie man mir sagte, jetzt das Ziel aller Madrider Autospazierfahrer geworden ist, was man nach hiesigen Begriffen als "der Allgemeinheit zugänglich" erachtet. Die spanischen Republikaner sind so sehr froh, ihren König los zu sein, dass ihnen die Freiheiten einer Republik oft als das letzte und erstrebenswerteste Ziel erscheinen, und sie sind so sehr daran gewöhnt, die Existenz der proletarischen Massen zu übersehen, dass man sie erst durch direkte Fragen daran erinnern muss, dass die Umwälzung doch nicht nur in der Verjagung eines Königs bestehen sollte. Selbst in Gesprächen mit sozialistischen Republikanern spürt man dauernd, wie sehr der vertriebene König noch in ihrem Denken herumspukt. Als wir an einem der zahlreichen Schlösser vorbeifuhren, sagte eine der Damen: "Früheres Jagdschloss des Herrn Alphons de Bourbon." - "Er war ein grosser Sportsmann", wage ich zu bemerken. Diese Worte rufen eine wahre Empörung hervor: "Ein Sportsmann? Der und ein Sportsmann? Wissen Sie, wie er jagte? Hier im Park hausen zahme Antilopen, die aus der

Hand fressen, aber Alphons XIII. schoss auf sie mit Maschinengewehren. Ein Sportsmann!!"

Ich weiss natürlich, was man von derlei Erzählungen zu halten hat, aber sie sind kennzeichnend für den Ruf, den der König hinterlassen hat, wenn selbst die intelligentesten unter seinen früheren Untertanen sich nicht scheuen, solche Märchen zu wiederholen.. Und während der Wagen schnell und leicht über die wundervollen Fahrstrassen glitt, wagte ich noch einen Versuch: "Was für herrliche Wege; das wenigstens haben Sie aus der schlimmen Zeit behalten. - "Ja, nur dass wir damals keine Ausflüge machen konnten, beinah keine. Es gab da allerhand Vorschriften und Verbote. Man brauchte gar nichts überschritten zu haben; die Zivilgardisten lauerten hinter Mauern, notierten die Nummer des vorüberfahrenden Wagens, und man erhielt prompt eine Aufforderung, so und so viel Strafe zu zahlen, zum Beispiel für zu schnelles Fahren, auch wenn man gekrochen war.. Es gab kein Protokoll, kein Verfahren, keine Berufung; es musste einfach gezahlt werden.. Schliesslich gab man das ganze Fahren auf. Und zugleich lief in Amerika ein spanischer Propagandafilm, in dem der König als der erste Manager seines Landes auftrat. Er sagte zu ungefähr: Kommen Sie alle zu uns; wir haben herrliche Autowege, und Sie können so schnell fahren, wie Sie wollen! Fürchten Sie sich nicht vor unsern Gesetzen; in Spanien kümmert sich kein Mensch um Gesetze.."

Während dieser etwas bitteren Erinnerungen haben wir die Berge erreicht. Der Wagen nimmt spielend alle scharfen Kurven der Passtrasse, rast an Berg-hängen, an malerischen Städtchen vorüber, lässt uns Schneefelder gewahren, durchkreuzt einen wirklichen Wald, rast an mehreren Heilanstalten für Lungenkranke vorüber, Die Höhenluft hämmert an die Schläfen. Es ist empfindlich kalt; wir sind auf einer Höhe von 2100 Metern angelangt und sind kaum zwei Stunden gefahren. Jetzt geht der Weg bergab; es atmet sich wieder leichter; nochein wenig, und der Wagen hält auf einem schönen, unendlich stillen, von hohen Bäumen eingerahmten Schlosshof. Schon wieder ein Schloss! Es ist die "Granja"! Das Schloss ist unlängst durch einen Brand stark beschädigt worden. Wir gehen nur in den Park, der 146 Hektar umfasst. Seine Springbrunnen, 26 an der Zahl, sind berühmter als die von Versailles, und die Nymphen, Götter, Satyre und Faune tummeln sich nur so in Stein....

Die Fahrt geht weiter, und nach einigen Minuten sind wir schon in Segovia in dieser Stadt, deren Geschichte beinahe so bewegt ist wie die von Toledo, die aber viel lustiger und weniger einheitlich aussieht als das dunkle, in sich geschlossene Toledo. Man besucht Segovia heute wegen zweier grundverschiedener Denkmäler menschlicher Kultur. Das eine ist der römische Aquädukt, der elegant, fest und unbeugsam dasteht, das Denkmal einer hohen Baukultur und einer uns lächerlich erscheinenden Technik. Das andere ist die Kathedrale, die schönste gotische Kirche Spaniens; es ist die "Spitzenleistung" einer ganz anderen Zeit und Kultur. Ist auch diese Zeit schon zu Ende; ist auch diese Kultur heute überlebt? Meine spanischen Begleiter, antiklerikale Republikaner, werden hier unter dem hohen Gewölbe doch etwas stiller.... "Sagen Sie, was Sie wollen...", so beginnt das Gespräch, und ich kenne es.. "Katholisch? Nein, natürlich nicht... Aber es gibt doch ein religiöses Gefühl.. und.. und.. Jesus war schliesslich der erste Sozialist." Ich antwortete nichts, denn diese Weise wird mir nach und nach immer besser bekannt. Man kann Staat und Kirche trennen, kann die Jesuiten vertreiben, aber das "religiöse Gefühl", besonders in der bürgerlichen Welt, wenn sie auch sonst sozialistisch gesonnen sein mag, bleibt haften.. Ja, das ist auch etwas ganz anderes, wird Ihnen beinahe jeder Spanier sagen.

Wir eilen zurück. Wieder umfassen uns die Berge und das kahle, unfruchtbare, arme Land - Neu-Kastilien. Aber nur selten sehen wir die armen Behausungen der Landbewohner; immer wieder kommen wir an kleinen Luftkurorten vorüber, an Villensiedlungen und, näher der Stadt, an Lustgärtchen. Hier in

der Nähe der Stadt kreuzen wir hin und wieder einen anderen Wagen; Sonntags soll es ganz anders belebt sein.

"Wir haben nicht viel Zeit für Ausflüge. Es wird bei uns viel gearbeitet. Ich muss unwillkürlich lächeln, denn, was man so alles Arbeit nennt... Doch gleichzeitig überkommt mich die Reue, denn es ist wirklich nicht zu verkennen, dass in der Republik der "trabajadores de toda clase" - der Arbeitenden aller Klassen - (Bezeichnung in der spanischen Konstitution) wirklich sehr viel geleistet wird, vielleicht das Maximum dessen, was eben geleistet werden kann....

Aber schon sind wir wieder mitten im lebhaften Getriebe von Madrid, das sich gleichwohl vom Betrieb einer modernen Stadt so sehr unterscheidet. Der Ausflug ist zu Ende: Stadt, Land, Berge, Schlösser, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Anekdoten, Königshass, Religiosität und Arbeitswille.. Ein Ausflug? - Spanien!

Sophie Kramstyk.

-----  
Die Zeit der Charlatane.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Versammlung im Berliner Sportpalast. Eintritt 30 Pfennig. Hunderte, tausende drängen sich durch die Pforten. SA patrouilliert aufgeblasen, mit übersteigertem Selbstgefühl. Hakenkreuzfahnen wehen. Schupo sorgt für Ordnung. Gutbürgerliche Leute haben sich hier zusammengefunden. Eine Welle der Bereitschaft, den banalsten Phrasen, den blutrünstigsten Reden tosenden Beifall zu spenden, liegt über der Menschenmenge. Das Einzelindividuum ist aufgesaugt von einem Massenwesen, dessen neue Seele erfüllt ist von einem fanatischen, von der Unwissenheit, von einem überheblichen Standesdünkel oder von widerlichem Neide genährten Hass gegen die "Marxisten", von denen angeblich alles Unheil der Welt gekommen ist. Politische Glaubenseiferer sind hier versammelt, die dem Wahnglauben politischer Charlatane rettungslos zum Opfer gefallen sind. Das Denken ist ausgeschaltet. Nur Instinkt und Gefühl haben diese Menschenmenge hier und im ganzen Lande zusammengeschweisst. Dieser Masse kann ein Mann von der zweifelhaften Bildung eines Herrn Goebbels den Kampf gegen die intellektuelle Bildung, gegen Wissen, gegen Logik und geistigen Fortschritt predigen. Wer denkt, der ist verdächtig. Wer geistig arbeitet und auf seine Logik pocht, der verdient, ausgerottet zu werden. Es gibt kein Wissen, es gibt keinen Fortschritt, es gibt nur den Glauben an einen neuen Heiland, und der heisst Adolf Hitler. Das Wissen soll tot sein, der Glaube soll leben. Kritiker sind unerwünscht. Kritiker sind Ketzer, und Ketzer gehören auf den Scheiterhaufen.

Die Parallele zum Niedergange des Katholizismus, der im 16. Jahrhundert zur Reformation, also zur Auflehnung gegen den althergebrachten Klerus führte und dann die Gegenreformation mit ihrem unerhörten Hass gegen Neuerer brachte, liegt nahe. In jenen fernen Tagen überschlug sich der Hass der Altgläubigen gegen die "Ketzer". Der Blutrausch feierte Orgien. Jede Vernunft, jede Ausserung eines selbständigen Denkens war verdächtig. Die Fanatiker waren immer bereit, den Denker dem Scheiterhaufen zu überantworten. Der "Ketzer", das war der "Antichrist". Und heute hat man für ihn in den Kreisen mit dem politischen Glauben von gestern den Ehrennamen eines "Marxisten" geprägt. "Marxist" ist jeder, der nicht an Hitler glaubt. Auch damals gab man den Juden die Schuld an unzähligen Erscheinungen des öffentlichen Lebens. Damals gab es Judenhetzen und Pogrome. Man wollte den "Antichrist" mit Stumpf und Stiel ausrotten, sodass man von diesen Taten noch nach tausend Jahren sprechen sollte. Der Wunsch, den der Lahusenrechtsanwalt Frank geäußert hat, ist den Gegenreformatoren, den Ketzerrichtern der Vergangenheit in Erfüllung gegangen.